

A stylized map of Southeast Europe, showing the outlines of countries in shades of blue and orange, set against a dark blue background.

Herausgegeben vom  
Institut für Ost- und  
Südosteuropaforschung

The IOS logo consists of a small globe icon to the left of the letters 'IOS' in a bold, white, sans-serif font, all contained within a light blue rectangular box.

**IOS**

# Südost- Forschungen

Band 72 • 2013

**DE GRUYTER  
OLDENBOURG**

# **Fabrikarbeiter, Gewerkschaften und Funktionäre im „entwickelten“ Sozialismus. Die Aushandlung von Arbeiterinteressen am Beispiel des bulgarischen Stahlwerks „Kremikovci“**

BILJANA RAEVA und ULF BRUNNBAUER (Regensburg)

## **Einleitung**

Ein populärer bulgarischer Witz aus der Zeit des Sozialismus ging so:

Ein englischer Journalist wundert sich, warum das Volk nicht gegen die angekündigten Preiserhöhungen protestiere. Der Journalist vermutet, dass Partei- und Staatschef Todor Živkov die Massenproteste geheim halten würde. Dieser aber lädt den Journalisten nach Sofia ein, um ihn davon zu überzeugen, dass es tatsächlich keine Proteste im sozialistischen Bulgarien gäbe. Živkov versammelt Werktätige in einem großen Saal des Nationalen Kulturpalasts und führt ein Experiment durch:

Morgen werden wir den Beschluss erlassen, die Preise dreimal zu erhöhen!

*Applaus.*

Wir werden auch beschließen, die Löhne um 200 Prozent zu kürzen!

*Applaus.*

Sie alle werden dem Namen nach vor dem Mausoleum von Georgi Dimitrov aufgehängt werden!

*Tiefes Schweigen tritt ein. Endlich stellt ein Bürger eine Frage:*

Sollen wir die Stricke selbst mitbringen oder werden sie von der Gewerkschaft zur Verfügung gestellt?

Diesen Witz erzählte ein ehemaliger Arbeiter des Stahlwerks „Kremikovci“, als ihn Biljana Raeva im Rahmen eines Interviews nach seiner Meinung über die Gewerkschaften fragte. Zu finden ist der Witz auch in einer Anthologie von sozialistischen Witzen unter dem Titel „Das geduldige bulgarische Volk“.<sup>1</sup> Ohne tief in die Analyse von Witzen und die Diskussion der Frage, was sie über gesellschaftliche Realitäten und deren Wahrnehmung aussagen können, einzusteigen, sei hier wenigstens darauf verwiesen, dass Witze wie der zitierte eine spezifische Form der Sozialkritik darstellen, die gerade in autoritären Regimen eine beachtliche Rolle bei der alltäglichen Hinterfragung der

---

<sup>1</sup> Kiril VASILEV, 45 godini vicove. Smehät sreštu nasilieto. Sofija 1990, 201.

Herrschaft, aber auch bei der Kompensation aufgestauter Unzufriedenheit spielen.<sup>2</sup> Witze waren im sozialistischen Bulgarien – ebenso wie in vergleichbaren Systemen – so etwas wie der illegitime Bruder der Beschwerde: Während erstere, sofern sie sich über die Machthaber allzu sehr lustig machten, die Verfolgung des Witzerzählers durch die Staatssicherheit zur Folge haben konnten, waren Beschwerden ein vom Regime geduldetes, ja nachgerade geförderter Weg, seine Frustration über konkrete Probleme des Alltags und über subalterne Bürokraten in einer durch gesetzliche Vorschriften normierten Weise zu artikulieren.<sup>3</sup> Beide waren aber Artikulationen von Unzufriedenheit, die für die seelische Hygiene ihrer Autoren hilfreich gewesen sein mögen, jedenfalls aber einen der wenigen Feedbackmechanismen im Staatssozialismus darstellten.

Aus dem zitierten Witz lässt sich einiges über das gesellschaftliche Leben im sozialistischen Bulgarien, und wie dieses von „einfachen“ Bürgern perzipiert wurde, herauslesen. Angesichts des Personenkults um Todor Živkov kommt es wenig überraschend, dass er der einzige namentlich genannte Protagonist der Anekdote ist. Auch der Ort der Handlung ist signifikant: Der Nationale Kulturpalast (Naroden dvorec na kulturata, NDK), eine UFO-ähnliche Monstrosität im Zentrum Sofias, stellte einen populären Ort für die zahlreichen Massenmanifestationen dar, mit denen das Regime die populäre Zustimmung zu seiner Politik inszenierte; eine Inszenierung, die für den Legimitätsentwurf der kommunistischen Herrschaft höchst bedeutend war. Die gesellschaftliche Akklamation und die inszenierte Massenpartizipation ersetzte im Kommunismus bekanntlich eine genuine demokratische Teilhabe.<sup>4</sup> Der NDK war darüber hinaus in den achtziger Jahren Ort der Parteikongresse und somit saturiert mit kommunistischen Ritualen und Zeremonien.<sup>5</sup> Schließlich sagt der Witz etwas über die Gewerkschaften aus, um die es in diesem Aufsatz primär gehen soll: Das Volk nimmt die Gewerkschaften als Anhängsel, als Instrument der Parteipolitik wahr, die sogar gegen die Interessen der Werktätigen agieren.

Kann eine solche Anekdote, die durch mannigfaltige Interviewaussagen ergänzt werden könnte, als Beleg für die weithin vorherrschende Ansicht verstanden werden, dass die Gewerkschaften im Staatssozialismus im besten Fall ein Distributor von Plätzen in Ferienheimen, im schlechtesten Fall aber ein Instrument kommunistischer Unterdrückung der Arbeiter waren? Hat nicht schon Lenin den Gewerkschaften die

---

<sup>2</sup> Ebenda, 5.

<sup>3</sup> Martin K. DIMITROV, *Žalbite na graždanite v komunističeska Bălgarija*, in: Ivajlo ZNEPOLSKI (Hg.), *Da poznaem komunizma*. Sofija 2011, 167-225, 167.

<sup>4</sup> Martin SABROW, *Der künstliche Konsens. Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme*, *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 7 (1999), 191-224, 200.

<sup>5</sup> Ulf BRUNNBauer, *Staat und Gesellschaft im Realsozialismus. Legitimitätsstrategien kommunistischer Herrschaft in Südosteuropa*, in: Grigore MIHAI / Radu H. DINU / Marc ŽIVOJINOVIĆ (Hgg.), *Herrschaft in Südosteuropa*. Göttingen 2012, 21-54, 26.

Aufgabe der „Transmission“ von der Avantgarde zur Masse zugeordnet,<sup>6</sup> im Gegensatz zu einer echten Vertretung von Arbeiterinteressen? Können Befunde von Umfragen der bulgarischen Gewerkschaften aus der Spätzeit des Sozialismus, in denen befragte Arbeiter die Gewerkschaften „als Teil der bürokratischen Elite“ bezeichnet haben, auch für die Zeit davor extrapoliert werden?<sup>7</sup>

Sowohl in der Forschung über den Staatssozialismus als auch im populären Verständnis von dieser Periode gelten die staatssozialistischen Gewerkschaften nicht als genuine Arbeitnehmervertreter, sondern vielmehr als Agenturen staatlicher Machtausübung. Umfragen unter Arbeitern in Bulgarien, die das gewerkschaftliche Institut für soziologische Studien in den achtziger Jahren anstellte, konstatierten nicht ohne Grund ein großes Misstrauen seitens der Arbeiterschaft gegenüber den Gewerkschaften, die sich in Apathie im Hinblick auf gewerkschaftliche Aktivitäten ausdrückte.<sup>8</sup> Die Tatsache, dass die Bildung einer freien Gewerkschaft – „Podkrepa“ im Jahr 1988 in der Stadt Plovdiv – zu den Beispielen der Organisation von Opposition in Bulgarien gehörte, kann als weiterer Hinweis auf die durch ihre Willfährigkeit dem Staat gegenüber verursachte Unpopularität der offiziellen Gewerkschaften gesehen werden.

### Der Forschungsstand zu Gewerkschaften im Staatssozialismus

So wenig bestritten werden kann, dass sich die offiziellen Gewerkschaftsverbände im Staatssozialismus nicht von Staat und Partei emanzipieren konnten bzw. wollten, so wenig wissen wir über die Dynamiken alltäglicher Gewerkschaftsarbeit – immerhin engagierten sich hier zahlreiche Menschen, denen nicht a priori zynische Motive unterstellt werden sollten<sup>9</sup> – und über die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften auf der betrieblichen Ebene, das heißt der Ebene ihrer Basisorganisationen und des ständigen Kontakts mit „echten“ Arbeitnehmern. Die Arbeit der Gewerkschaften stellt vielmehr trotz des Aufschwungs sozial- und kulturhistorischer Forschung über den

---

<sup>6</sup> W.I. LENIN, Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki (1920), in: W.I. LENIN, Werke, Bd. 32. Berlin 1982, 1-26, 4.

<sup>7</sup> Naučno-izledovatelski institut po profsajuzni problemi (im Folgenden abgekürzt als NIIPP): Rabotničeskoto obštestveno mnenie v navečerieto na desetija profsajuzen kongres. Sofija 1987, 2.

<sup>8</sup> Ebenda, 3f.

<sup>9</sup> Fulbrook unterstellt z. B. den Funktionären des SED-Regimes, dass die meisten von ihnen ein genuines Interesse an der Verbesserung der Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger hatten. Auch wenn sich diese Ansicht weder plausibel verifizieren noch falsifizieren lässt, so ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, dass gerade jene, die sich in nicht direkt staatlichen Verbänden engagierten, dies oftmals aus altruistischen und nicht nur egoistischen Motiven taten. Siehe dazu Mary FULBROOK, Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen, in: Peter HÜBNER / Christoph KLESSMANN / Klaus TENFELDE (Hgg.), Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Köln, Weimar, Wien 2005, 347-356.

Staatssozialismus ein Forschungsdesiderat dar.<sup>10</sup> So findet sich in einem der umfangreichsten und auch interessantesten deutschsprachigen Sammelbände zu Arbeitern im Staatssozialismus, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde, nur ein Beitrag, der sich mit den Gewerkschaften auseinandersetzt, und das aus einer sehr speziellen, auf die betriebliche Kulturarbeit in der DDR fokussierenden Perspektive.<sup>11</sup>

Mit Ausnahme der umfangreichen Literatur zur *Solidarność* haben ansonsten nur die Gewerkschaften in der Sowjetunion sowie der SBZ/DDR größeres Interesse in der historischen Forschung auf sich gezogen, wobei der Fokus in der Forschung zur Sowjetunion auf den zwanziger Jahren und der Zeit des Stalinismus, in jener über die SBZ/DDR auf den ersten Jahren ihrer Existenz liegt. Aus diesen Arbeiten, wie jenen von Donald Filtzer, wird deutlich, dass die sowjetischen Gewerkschaften vor allem eine korporative Rolle als Organisationen spielten, deren Aufgabe im Sinne der Leninschen Auffassung von Gewerkschaftsarbeit es war, zwischen Parteipolitik und (Industrie-) Arbeitern zu vermitteln. Gewerkschaften vertraten daher nicht die Interessen der Arbeiterschaft insgesamt, sondern höchstens die einzelner Arbeiter.<sup>12</sup> Befunde über die SBZ/DDR und über Polen hinsichtlich der weitgehenden oder gar völligen Unterordnung der sozialistischen Gewerkschaften unter die Ziele der regierenden Parteien können für die anderen staatssozialistischen Länder (mit Ausnahme Jugoslawiens) verallgemeinert werden.<sup>13</sup> Gewerkschaften im Staatssozialismus werden als nahezu staatliche Verwal-

---

<sup>10</sup> Vgl. Heike STADTLAND, *Kommunismus und Kultur. Überlegungen zur betrieblichen Kulturarbeit der staatssozialistischen Gewerkschaften Osteuropas und der DDR*, in: Christiane BRENNER/Peter HEUMOS (Hgg.), *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung: Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR, 1948-1968. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 24. November 2002. München 2005 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, 27)*, 205-242, 208.

<sup>11</sup> Siehe Anette SCHUHMAN, „Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“. Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder Modifizierung betriebspolitischer Traditionen, in: HÜBNER/KLESSMANN/TENFELDE (Hgg.), *Arbeiter im Staatssozialismus*, 271-290.

<sup>12</sup> Donald FILTZER, *Soviet Workers and Late Stalinism. Labour and the Restoration of the Stalinist System after World War II*. Cambridge 2002, 202; während der NÉP-Ära war das sowjetische Gewerkschaftssystem noch weniger zentralisiert, und Gewerkschaftsorganisationen in einzelnen Betrieben traten unabhängiger gegen das jeweilige Management auf, unter anderem, um Arbeiter vor der damals noch hohen Arbeitslosigkeit zu schützen. Vgl. Sheila FITZPATRICK, *The Problem of Class Identity in NEP Society*, in: Sheila FITZPATRICK/Alexander RABINOWITCH/Richard STITES (Hgg.), *Russia in the Era of NEP. Explorations in Soviet Society and Culture*. Bloomington/IN, Indianapolis/IN 1991, 12-33, 17-18.

<sup>13</sup> Detlev BRUNNER, *Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation 1945 bis in die frühen 1950er Jahre*. Essen 2000; Heike STADTLAND, *Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945-1953*. Essen 2001; Karolina STEGEMANN, *Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht in Polen. Wechselbeziehungen im*

tungsorgane beschrieben, die auch eine Überwachungsfunktion einnahmen.<sup>14</sup> Nach Linda Cook dienten sie schlicht als „Hand des Staates“.<sup>15</sup>

John Thirkel und Krástjo Petkov unterscheiden vier Dimensionen der Transmissionsrolle der Gewerkschaften. Die erste Funktion war eine politische, da die Gewerkschaften Teil des Netzwerks offizieller Massenorganisationen waren, ohne aber über autonomen Gestaltungsspielraum zu verfügen. Als zweite Funktion machen Thirkel und Petkov die staatlichen Funktionen aus, im Sinne sowohl politischer als auch administrativer Aufgaben (die Regierung erwartete etwa von den Gewerkschaften, dass sie die Planerfüllung unterstützten). Die auf jeder Verwaltungsebene und in Wirtschaftsbetrieben existierenden Parteiorgane übten dabei unter anderem eine Kontrollfunktion über die ihnen entsprechenden Gewerkschaftsorgane aus, die somit parallel zur Partei organisiert waren. Die dritte Dimension bestand aus der organisatorischen Funktion. Um ihre Funktion als Transmissionsriemen zu erfüllen, mussten die Gewerkschaften einerseits die Parteistruktur spiegeln, andererseits aber auch Nichtparteimitglieder organisieren, an die sie die Entscheidungen und Zielvorstellungen der Partei zu vermitteln hatten. Der letzte Aspekt dieses viergliedrigen Transmissionsmodells ist die funktionelle Dimension, nämlich die Interessenvertretung der Werktätigen. Da aber mit dem Fortschreiten des Auf- und Ausbaus des Sozialismus die Situation der Beschäftigten keinen Grund zur Klage geben sollte, gab es auch eine theoretische Begründung, warum dieser vierten, eigentlich urtümlichen Rolle der Gewerkschaften im Staatssozialismus eine geringere Bedeutung zukam und der Akzent auf den ersten drei Funktionen lag.<sup>16</sup>

Diese Literatur kommt also im Grunde zu ähnlichen Schlüssen wie die ältere Forschung aus der Zeit des Kalten Krieges.<sup>17</sup> Es ist durchaus bezeichnend, dass die wenigen Detailstudien über Gewerkschaften in Betrieben die Kulturarbeit fokussieren, bei der die Gewerkschaften eine zentrale Rolle spielten, und welche die Arbeiter in das kulturelle System des Sozialismus integrieren sollte; „Kulturarbeit“ war dabei durchaus als ein Instrument zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu sehen, denn auch dazu

---

geschichtlichen Kontext. Baden-Baden 2007 (Schriften zur europäischen Arbeits- und Sozialpolitik, 7), 42.

<sup>14</sup> Jiří KNAPIK, Arbeiter versus Künstler. Gewerkschaft und neue Elemente in der tschechoslowakischen Kulturpolitik im Jahr 1948, in: Christiane BRENNER/Peter HEUMOS (Hgg.), Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung: Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR, 1948-1968. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 24. November 2002. München 2005 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, 27), 243-262, 246.

<sup>15</sup> Linda J. COOK, *Labour and Liberalization. Trade Unions in the New Russia*. New York 1997.

<sup>16</sup> John THIRKEL/Krastyu PETKOV/Sara VICKERSTAFF, *The Transformation of Industrial Relations. Restructuring and Privatization in Eastern Europe and Russia*. Oxford, New York 1998, 76f.

<sup>17</sup> Vgl. Alex PRAVDA/Blair A. RUBLE, *Communist Trade Unions: Varieties of Dualism*, in: Alex PRAVDA/Blair A. RUBLE (Hgg.) *Trade Unions in Communist States*. Boston/MA, London, Sydney 1986, 1-21, 8; Miscellaneous, Gewerkschaften hinter dem Eisernen Vorhang, *Ost-Probleme* 6 (1955), 224-230.

einen Beitrag zu leisten, war den Gewerkschaften seitens der regierenden Partei als Aufgabe zugeordnet worden.<sup>18</sup>

Die konkreten Beziehungen zwischen Arbeitern und Betriebsräten erweckten hingegen kaum Interesse. Einige informative Beobachtungen dazu finden sich beispielsweise in Małgorzata Mazureks Fallstudie eines polnischen Betriebs. Mazurek weist darin auf das Dilemma hin, in dem sich die Betriebsräte befanden, die zum einen als Transmissionsriemen der Partei fungieren und zur Erhöhung der Produktivität beitragen sollten, andererseits aber auch die Interessen von Arbeitern gegen das Management zu vertreten versuchten. Dies brachte sie auch in Spannungen mit übergeordneten Gewerkschaftsfunktionären, die direkter dem Druck höherer Parteigremien ausgesetzt waren:

„Im Laufe der Zeit verbreitete sich das disaggregierte Modell zur Erledigung der Arbeiterangelegenheiten. Anders gesagt, es wurde versucht, Probleme individuell zu entscheiden, um eine kollektive Interessenvertretung im Betrieb zu vermeiden.“<sup>19</sup>

Als eine nachhaltige Folge der Unterordnung der Gewerkschaften unter das Diktat der Partei und ihrer politischen Gehorsamkeit gilt in der Transformationsliteratur das äußerst geringe gesellschaftliche Ansehen, das Gewerkschaften nach dem Ende des Staatssozialismus genossen haben.<sup>20</sup>

Es wäre aber ein Irrtum, aus diesen im Grunde fragmentarischen Befunden auf die Bedeutungslosigkeit von Gewerkschaften zu schließen, denn schließlich agierten sie als eine zentrale Vermittlungsinstanz wichtiger Sozialleistungen im System des sozialistischen Paternalismus, von Plätzen in Ferienheimen bis hin – wie in Ungarn beispielsweise – zu Alterspensionen.<sup>21</sup> Sie waren eine Art betriebsgebundenes Sozialamt. Bernhard Tönnies betont ebenfalls, dass die Gewerkschaften aufgrund ihrer wichtigen Rolle bei der Organisation des Erholungswesens und damit auch bei der „kommunistischen Erziehung“ der Werktätigen und ihrer Kinder von Bedeutung waren.<sup>22</sup> Aus diesen sozialpolitischen Aufgaben resultierte ein gewisser Handlungsspielraum ebenso wie die Genese von „vested interests“ der Gewerkschaftsfunktionäre; diese gewannen

<sup>18</sup> STADTLAND, *Kommunismus und Kultur*, 205-242; Jiří POKORNÝ, *Die Betriebsclubs in der Tschechoslowakei 1945-1968*, in: BRENNER/HEUMOS, *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung*, 263-275; Anette SCHUMANN, *Kulturhäuser der Gewerkschaften in Industriebetrieben der DDR der fünfziger Jahre*, in: BRENNER/HEUMOS, *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung*, 277-303.

<sup>19</sup> Małgorzata MAZUREK, *Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der „Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur „kleinen Stabilisierung“*, in: HÜBNER/KLESSMANN/TENFELDE, *Arbeiter im Staatssozialismus*, 291-318, 298.

<sup>20</sup> Vgl. Stephen CROWLY/David OST, *Workers after Workers' States. Labor and Politics in Post-communist Eastern Europe*. Lanham, Boulder, New York, Oxford 2001.

<sup>21</sup> Vgl. zum System der sozialen Sicherungen in den staatssozialistischen Ländern: Béla TOMKA, *Welfare in East and West*. Berlin 2003; Peter HÜBNER, *Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter in den Ländern des sowjetischen Blocks*, in: HÜBNER/KLESSMANN/TENFELDE, *Arbeiter im Staatssozialismus*, 249-270.

<sup>22</sup> Bernhard TÖNNIES, *Bulgarien (BG)*, in: Siegfried MIELKE (Hg.), *Internationales Gewerkschaftsbuch*. Opladen 1983, 283-291, 290.

umfangreiche Möglichkeiten, Patronage zu praktizieren, was wiederum Arbeitern die Chance eröffnete, die Gewerkschaften für ihre eigenen Interessen zu mobilisieren. Die Gewerkschaften spielten auch eine wichtige Rolle im Bereich der Berufsqualifikation, der politischen Bildung und der Kulturarbeit. Auch wenn, wie zum Beispiel Annette Schuhmann anhand der betrieblichen Kulturarbeit in der DDR der fünfziger Jahre aufzeigt, die Veranstaltungen und Maßnahmen zur politischen Bildung, die sich üblicherweise durch krude Propaganda auszeichneten, auf wenig Gegenliebe seitens der Betriebsbelegschaften stießen,<sup>23</sup> begründete auch dieses Spektrum von Aktivitäten die Relevanz der Gewerkschaften, die nämlich (physische) Räume und Infrastrukturen für diverse Freizeitaktivitäten schufen sowie den Arbeitern eine ideologisch korrekte Ausdrucksweise beibrachten.

Solche Ambivalenzen zeichneten auch die Position der Gewerkschaften (Balgarski profesionalni sąjuzi) in Bulgarien während des Staatssozialismus aus, wie wir anhand der im Folgenden geschilderten Fallstudie des Stahlwerks in Kremikovci aufzeigen wollen; generell sind die „offiziellen“ Gewerkschaftsorganisationen in Bulgarien, ihre sich in der Zeit der kommunistischen Herrschaft verändernden Rollenzuschreibungen und Handlungsspielräume von der zeithistorischen Forschung noch nicht in den Blick genommen worden. In der rezenten bulgarischen Forschung zum Staatssozialismus sind die Gewerkschaften bislang bloß im Kontext ihrer Kulturarbeit in den Betrieben in Erscheinung getreten, womit die bulgarische Forschung die oben geschilderte allgemeine Tendenz reflektiert.<sup>24</sup> In Überblicksarbeiten über die kommunistische Herrschaft werden die Gewerkschaften abwechselnd als „regierungsamtliche Hilfsorganisation des Regimes“<sup>25</sup> oder als „Marionette des Regimes“<sup>26</sup> und zumeist als „Transmissionsriemen“ bezeichnet. Aus den mittlerweile existierenden Arbeiten über die Sozialgeschichte des bulgarischen Staatssozialismus, insbesondere in Bezug auf die Arbeiterschaft, lassen sich aber einige Hypothesen sowie Problemstellungen hinsichtlich des Agierens der Gewerkschaften und ihrer Wahrnehmung durch die Arbeiter formulieren, wobei insbesondere das Verhältnis zwischen Einfluss bzw. Machtlosigkeit der Gewerkschaften und Handlungsmacht der Arbeiter interessiert.

Zuallererst gilt auch für Bulgarien, dass die Gewerkschaften keine entschiedene Haltung zur Verteidigung der kollektiven Interessen der Arbeiterschaft gegen den Staat einnehmen konnten. Andererseits scheint wenigstens bis in die siebziger Jahre hinein

---

<sup>23</sup> SCHUHMAN, „Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“, 271-290.

<sup>24</sup> Siehe Petăr PETROV, Sozialistische Arbeitsfeiern im Betrieb: Konzept und Umsetzung, in: Klaus ROTH (Hg.): Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben. Münster 2004, 147-165; Ivanka PETROVA, Trudov svjat i etnologija. Sofija 2010.

<sup>25</sup> Mihail GRUEV, Političesko ražvitiie na Bălgarija prež 50-te – 60-te godini na XX vek, in: Ivajlo ŽNEPOLSKI (Hg.), Istorija na Narodna Republika Bălgarija. Režimăt i obštествoto. Sofija 2009, 131-179, 150.

<sup>26</sup> Aleksandăr VEZENKOV, Vlastovite strukturi na Bălgarskata komunističeska partija 1944-1989. Sofija 2008, 283.



das kommunistische Regime über eine gewisse Legitimität unter den Industriearbeitern verfügt zu haben, vor allem dank des steigenden Lebensstandards der Arbeiter, der Ausweitung von Sozialleistungen (bei denen wiederum die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielten) und der sozialen Aufwärtsmobilität, die Bauern und einfache Arbeiter in den ersten rund zwei Jahrzehnten nach der kommunistischen Machtübernahme erfahren hatten.<sup>27</sup> Gerade Arbeiter in privilegierten Betrieben – wie solchen der Schwerindustrie – entwickelten ein gewisses Interesse am Fortleben des bestehenden Systems, solange ihnen dieses Privilegien verschaffte, die sie auch nicht durch unbedachte Aktionen gefährden wollten.<sup>28</sup>

Die Kommunisten erreichten in dieser Zeit eine zweckrationelle Legitimierung, wobei sie die Gewerkschaften sowohl als institutionellen Mittler als auch als Propagandisten nutzten. Die Absenz von offenem Arbeiterprotest und von Streiks – Bulgarien erlebte nichts Vergleichbares zu den Arbeiterunruhen etwa in der DDR und der Tschechoslowakei 1953, in Ungarn 1956, in Polen zu wiederholten Zeitpunkten; selbst aus dem noch stärker repressiven Rumänien sind offene Streiks überliefert – ist daher nicht nur mit der Furcht vor der auch in großen Betrieben präsenten Staatssicherheit (Dăržavna sigurnost) zu erklären, sondern auch durch das Funktionieren eines nach dem Ende des Stalinismus etablierten „neuen Gesellschaftsvertrages“ zwischen Regime und Bevölkerung: Zu den Merkmalen dieses poststalinistischen Arrangements gehörten eine Reduzierung des Niveaus der Ideologisierung der Beziehungen zwischen den Bürgern und dem Staat sowie die implizite Forderung des Regimes, dass die Bürger ihre politischen Beteiligungswünsche gegen wohlfahrtsstaatliche Fürsorge seitens des Staates tauschen sollten. In Bezug auf die Arbeitswelt hieß dies, dass die Arbeiter auf die „Gesamtheit ihrer Rechte“, einschließlich der gewerkschaftlichen, verzichten sollten, wofür ihnen der Staat gegen „ein Minimum an Arbeitseinsatz und persönlicher Initiative eine ständige Beschäftigung“ sowie angemessene Löhne garantierte.<sup>29</sup>

Die Absenz von Streiks und anderen Formen kollektiven, offenen Arbeiterprotests in Bulgarien sollte jedoch nicht zum Schluss führen, die Arbeiter hätten keinerlei Verhandlungsmacht besessen. Schon Untersuchungen zur sowjetischen Arbeiterschaft wiesen darauf hin, dass Arbeiter auf Ebene des Betriebs, in dem sie ein Gefühl der Solidarität entwickelten, Möglichkeiten der Interessendurchsetzung vorfanden.<sup>30</sup> Später war es insbesondere die in den staatssozialistischen Ökonomien erreichte Vollbeschäftigung

---

<sup>27</sup> BRUNNBAUER, Staat und Gesellschaft im Realsozialismus, 33.

<sup>28</sup> Vgl. Kevin MURPHY, *Revolution and Counterrevolution. Class Struggle in a Moscow Metal Factory*. New York, Oxford 2005, 212.

<sup>29</sup> Siehe Linda J. COOK, *The Social Contract Thesis and Conceptions of State – Working Class Relations*, in: Linda J. COOK, *The Soviet Social Contract and Why It Failed. Welfare Policy and Worker's Politics from Breshnev to Yeltsin*. London 1993, 1-18; Jędrzej CHUMIŃSKI/Krzysztof RUCHNIEWICZ, *Arbeiter und Opposition in Polen 1945-1989*, in: HÜBNER/KLESSMANN/TENFELDE), *Arbeiter im Staatssozialismus*, 426-451, 445.

<sup>30</sup> MURPHY, *Revolution and Counterrevolution*, 5.

(mit Ausnahme Jugoslawiens) und die daraus resultierende Knappheit an Arbeitskräften, die den Arbeitern unabhängig von etwaigen Gewerkschaftsaktivitäten durchaus beachtliche Verhandlungsmacht gegenüber den Betriebsleitungen einräumten. Durch die Möglichkeit, anderswo leicht eine Anstellung zu finden, konnten Arbeiter mit der Drohung, den Betrieb zu verlassen, eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erreichen.<sup>31</sup> Die Frage, die sich daran anschließt, ist, ob die Gewerkschaften in dieser Konstellation zwischen Arbeitern und Management völlig belanglos waren oder nicht.

Darüber hinaus profitierten Arbeiter auch von der konstitutiven Rolle, die in der ideologischen Begründung und der rituellen Praxis der staatssozialistischen Gesellschaftsordnung der Arbeit und der Arbeiterklasse zugeschrieben wurde; Arbeit war das wohl wichtigste ideologische Prinzip zur Repräsentation der sozialistischen Ordnung.<sup>32</sup> Daraus resultierten Möglichkeiten für die Arbeiter, Ansprüche zu begründen – unter Verweis auf die offiziellen Versprechungen. Nicht zuletzt schufen die Hypertrophierung der industriellen Arbeit sowie die zahlreichen Ehrungen für Arbeiter (vom Titel „Helden der Arbeit“ bis hin zu einzelnen Berufen gewidmeten Feiertagen) vielfältige Anknüpfungspunkte für eine positive Identifikation mit der Arbeit. Warum sollte es Arbeiter nicht mit Stolz erfüllt haben, wenn sie beim Erste-Mai-Aufmarsch ganz vorne marschieren durften, in landesweiten Medien gepriesen, und vom Staatsoberhaupt ausgezeichnet wurden?

Die Loyalität der „Arbeiterklasse“ war nicht nur für das Selbstverständnis, sondern auch für das faktische Überleben des kommunistischen Regimes von großer Bedeutung. Was würde passieren, wenn die Arbeiter plötzlich aufhörten, zur Arbeit zu gehen? Die Sorgen der Staatsmacht um ihr Ansehen unter den Arbeitern zeigten sich unter anderem in der großen Zahl an aufwändigen soziologischen Untersuchungen der Situation der Arbeiterschaft. Dazu leistete auch das „Wissenschaftliche Forschungsinstitut für Gewerkschaftsprobleme“ (Naučnoisledovatelški institut po profsajuzni problemi, NIIPP) einen Beitrag, das beim Gewerkschaftsverband angesiedelt war und unter anderem jährliche Umfragen unter Tausenden von Arbeitern über ihre Meinung zu aktuellen Fragen und zu den Gewerkschaften durchführte. Es versteht sich von selbst, dass diese Studien unter Verschluss blieben und nur innerhalb der Machtorgane kursierten; heute stellen sie aber eine wertvolle Quelle für die Rekonstruktion der Meinung von

---

<sup>31</sup> Vgl. Katharyne MITCHELL, *Work Authority in Industry. The Happy Demise of the Ideal Type*, in: *Comparative Studies in Society and History*, 34, 1992; Charles F. SABEL / David STARK, *Planning, Politics, and Shop-Floor Power. Hidden Form of Bargaining in Soviet-Imposed State-Socialist Societies*, in: *Politics and Society* 11 (4), 1982, 439-476; vgl. über Südosteuropa Ulf BRUNNBAUER / Visar NONAJ / Biljana RAEVA, *Workers, Steel Factories, and Communism: Labor in Kremikovci (Bulgaria) and Elbasan (Albania) under State Socialism*, *IOS Mitteilungen* 62 (2013), 1-52.

<sup>32</sup> Peter NIEDERMÜLLER, *Arbeit, Identität, Klasse. Der Sozialismus als Lebensentwurf*, in: ROTH (Hg.), *Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus*, 23-36, 24.

Arbeitern dar.<sup>33</sup> Auch die Staatssicherheit war in den Belegschaften präsent und lieferte Lageberichte, in denen viel von der „ideologischen Wühlätigkeit“ und „politischen Diversion“ der Gegner des Sozialismus unter den Arbeitern zu lesen ist.<sup>34</sup> Diese Angst des Staates vor dem Verlust der Loyalität der Arbeiter, die innezuhaben das Regime zumindest vermutete, war auch ein Faktor der realen Bedeutung der Gewerkschaften, denn ihnen war die Rolle eines Moderators sowie eines Integrationsfaktors innerhalb des Betriebs zur Abfederung von Arbeiterunzufriedenheit zugeordnet.

Die Divergenz zwischen ideologischem Anspruch und faktischen Möglichkeiten gab Raum und Anlass für vielfache, häufig widersprüchliche Aneignungs- und Anpassungspraktiken; Arbeiter versuchten, Handlungsstrategien zu entwickeln, mit denen sie innerhalb des Betriebs eine gewisse Autonomie erlangten und Politiken der Macht für ihre eigenen Zwecke manipulierten. Uns interessieren hier also Praktiken der „Domestizierung der Revolution“, um Gerald Creed zu paraphrasieren, der damit die von ihm in einem kollektivierten bulgarischen Dorf beobachteten alltäglichen Aneignungspraktiken bezeichnet hat.<sup>35</sup> Wir gehen dabei von der Hypothese aus, dass die Gewerkschaften in Industriebetrieben wie dem hier betrachteten Stahlwerk eine wichtige Funktion innerhalb dieser Aushandlungskonfigurationen darstellten, da sie zum Beispiel Raum für die Artikulation von Beschwerden gaben, gleichzeitig aber dafür sorgten, dass die Forderungen der Arbeiter in einer ideologisch sanktionierten Sprache vorgebracht wurden, denn nur als solche konnten sie offizielle Anerkennung finden. Es geht uns also um das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitern und um den Umgang der Gewerkschaftsfunktionäre mit der ihrer Situation inhärenten Gratwanderung zwischen der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen einerseits und der Instrumentalisierung durch Staat und Partei andererseits. Welche konkreten Konfliktfelder können identifiziert werden, welche Konfliktlösungswege fanden die beteiligten Seiten? In welcher Beziehung standen Gewerkschaftsfunktionäre zu anderen Vertretern des Regimes im Betrieb, insbesondere den Parteifunktionären, sowie zur Betriebsleitung?

### **Gewerkschaften im sozialistischen Bulgarien**

Bereits wenige Jahre nach ihrer Machtergreifung im September 1944 gelang es den bulgarischen Kommunisten, das sowjetische Gewerkschaftsmodell zu implementieren, so wie es sich in den dreißiger Jahren durchgesetzt hatte. Hauptmerkmal dieses Modells

<sup>33</sup> Die Studien werden im „Institut für soziale und gewerkschaftliche Untersuchungen“ der Konföderation der Gewerkschaften Bulgariens (KNSB) in Sofia aufbewahrt.

<sup>34</sup> Archiv na Komisijata za razkrivane na dokumentite i objavjavane na prinadležnost na bälgarskite graždani kām Dāržavna sigurnost i razužnavatelnite službi na Bälgarskata narodna armija (AKRDOPBGDSRSBNA), f. 44, op. 2, a.e. 88, Služeben informacionen bjuletin, Nr. 2, 1984, Bl. 110, 122, Mladenov, G. Za rešitelnoto podobrvjavane na kontrarazuznavatelната работа sreštu ideologičeska podrivna dejnost na protivnika po liniite i obektite na vtoro glavno upravlenie – DS. 55-61, S. 58.

<sup>35</sup> Siehe Gerald W. CREED, *Domesticating Revolution: From Socialist Reform to Ambivalent Transition in a Bulgarian Village*. University Park 1998.

war die Unterstellung der Gewerkschaften unter staatliche Kontrolle. Zugleich wurde von ihnen absolute Loyalität zur Regierung verlangt. Damit schufen die bulgarischen Kommunisten allerdings kein grundsätzliches Novum, denn bereits in den dreißiger Jahren hatte das autoritäre Regime Bulgariens die Gewerkschaften als Instrument genutzt, um die Arbeiterschaft zu disziplinieren und politischen Protest zu unterdrücken. Wie Markus Wien feststellt, lassen sich daher deutliche Kontinuitäten bei der Regelung der Arbeitsbeziehungen zwischen dem „kapitalistischen“ und dem „kommunistischen“ Bulgarien entdecken.<sup>36</sup>

Der Grundstein zur Bildung der sozialistischen Gewerkschaften wurde bereits im Jahre 1944 kurz nach der Machtübernahme durch die bulgarischen Kommunisten im September mit der Schaffung einer Einheitsgewerkschaft – trotz des Plurals im Namen – gelegt, die alle Arbeiter und Angestellte organisierte. Geleitet wurde sie von dem „Zentralkomitee der Gewerkschaften“, dem die einzelnen Branchengewerkschaften unterstanden. Gemäß dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ lag die ultimative Entscheidungsgewalt auch über Gewerkschaftsangelegenheiten jedoch bei der Parteiführung.<sup>37</sup> Die erste Tagung der neuen Einheitsgewerkschaft fand 1945 statt, als es in Bulgarien noch private Unternehmen gab. Die zweite Tagung der Gewerkschaften im Jahre 1948 fiel bereits mit der nahezu totalen Verstaatlichung der bulgarischen Ökonomie zusammen, die selbstverständlich auch das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern radikal veränderte: Der Staat als Eigentümer der Betriebe übernahm faktisch die Funktion des alleinigen Arbeitgebers im Land. Bis Ende dieses Jahres wurden schließlich 23 Branchengewerkschaften formiert.<sup>38</sup>

Auch in der Gewerkschaftsbewegung selbst zog das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ ein: Die Branchengewerkschaften waren klar vertikal organisiert mit jeweils einer landesweiten Kommission als zentraler Instanz. Ähnlich der Parteistruktur unterstanden dem zentralen Leitungsgremium die Gewerkschaftsstrukturen auf der Bezirks-, Kreis- und Ortsebene. Nach sowjetischem Muster verfolgte die bulgarische kommunistische Partei (BKP) mit dieser Organisationsstruktur und der faktischen Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften das Ziel, die vollständige Abhängigkeit aller Arbeiter von den Strukturen zu befördern, da Parteianweisungen direkt über die entsprechenden Gewerkschaftsorgane an die Arbeiter und Angestellten weitergegeben werden konnten; dank der Kontrolle der Partei schien eine Unbotmäßigkeit der Gewerkschaften unwahrscheinlich.<sup>39</sup> Vielmehr bestand in den Augen der Partei die wichtigste Aufgabe eines Gewerkschaftsmitglieds in seiner Aufmerksamkeit gegen die Tätigkeit der „Klassenfeinde“ und in der Überwachung sowie politischen Anleitung

---

<sup>36</sup> Markus WIEN, Arbeitsbeziehungen in Bulgarien vor 1944 und ihr Fortwirken in der Periode des Sozialismus, in: ROTH (Hg.), Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus, 35-48, 46.

<sup>37</sup> Vgl. STEGEMANN, Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht in Polen, 41.

<sup>38</sup> Nadežda DASKALOVA, Profsjuzite pri socializma – obežličavane na istoričeskata im saštност, in: Metodi PETROV (Hg.), Bälgarskoto sindikalno dviženie – minalo i nastojašte. Sofija 2000, 85-103, 95.

<sup>39</sup> Ebenda, 100f.

insbesondere von jenen Werktätigen, die nicht Mitglied der BKP waren (was auf das Gros der Bevölkerung zutraf).<sup>40</sup> Den Gewerkschaften waren somit vom Regime ähnliche Aufgaben wie der zweiten fast allumfassenden Massenorganisation im sozialistischen Bulgarien zgedacht, der Vaterländischen Front (Otečestven front), die aber nicht am Arbeitsplatz, sondern am Wohnort aktiv war.<sup>41</sup>

Auch wenn sich an dieser bereits frühzeitig nach dem Einsetzen der kommunistischen Herrschaft etablierten Position und Aufgabenbeschreibung der Gewerkschaften strukturell bis 1989 kaum mehr etwas ändern sollte, erfuhren die konkreten Funktionen und Spielräume der Gewerkschaften im Laufe der Zeit Modifikationen. Nach dem Tod Stalins und den Eruptionen weitverbreiteter Unzufriedenheit in einigen Ostblock-Ländern Mitte der 1950er Jahre, begannen die bulgarischen Kommunisten den Massenorganisationen (Gewerkschaften sowie Vaterländische Front) etwas mehr Aufgaben zu übertragen, vor allem im Bereich der Sozialpolitik, womit die Beziehungen zwischen dem Regime und der Bevölkerung verbessert werden sollten.<sup>42</sup> Diese Adjustierungen schlugen sich in Veränderungen des Status der Gewerkschaften nieder, die den zusätzlichen Auftrag erhielten, die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegen bürokratische Willkür von Wirtschafts- und Verwaltungsleitern zu verteidigen (der Kampf gegen den sogenannten „Bürokratismus“ zog sich wie ein roter Faden durch die Rhetorik der bulgarischen Kommunisten). Diese formale Stärkung der Position der Gewerkschaften war natürlich sehr relativ und bedeutete keineswegs die Festschreibung von Eigenständigkeit; vielmehr blieben sie in direkter Abhängigkeit von den Strukturen der kommunistischen Partei, die zumal in der Verfassung für sich die „führende Rolle“ in der Gesellschaft festschreiben ließ.<sup>43</sup>

Dieses Verhältnis fand auf den Gewerkschaftskongressen ihren Ausdruck in dem immerfort identischen Szenario: Zuerst fand der Parteikongress statt, auf dem unter anderem der Fünfjahresplan absegnet wurde, dann die Tagung der Gewerkschaften, auf der die bedingungslose Unterstützung der Gewerkschaften für die Erreichung der im Plan festgehaltenen Ziele feierlich erklärt wurde. Aus diesem Wirtschaftsplan heraus entwickelten die Gewerkschaften ihre neuen Aufträge, die dann von den Branchengewerkschaften im Rahmen ihrer eigenen Tagungen oder Plena konkretisiert wurden. Dieses Procedere wiederholte sich auf der Ebene der Konferenzen der Betriebskomitees. Somit war auch durch die Tagungsrhythmik sichergestellt, dass die Gewerkschaften von oben nach unten funktionierten und die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in den Hintergrund gedrängt wurde. Die sich mit der Zeit einstellenden Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen sowie die beträchtliche Erweiterung der staatlichen Sozialleis-

---

<sup>40</sup> Ebenda, 101.

<sup>41</sup> Ulf BRUNNBAUER, Making Bulgarians Socialist. The Fatherland Front in Communist Bulgaria, 1944-89, *East European Politics and Societies* 22 (2008), 44-79.

<sup>42</sup> Vladimir MIGEVI, Profsǎjužite i načaloto na „ražmraǎjavaneto“ na stalinskija model na socializma v Bǎlgarija (1953-1958 g.), in: PETROV, Bǎlgarskoto sindikalno dvizenie, 104-116, 113.

<sup>43</sup> Ebenda, 114f.

tungen waren daher weniger dem Druck der Gewerkschaften geschuldet, sondern sie waren das Ergebnis der Entscheidungen und Beschlüsse der Partei und des Staates.<sup>44</sup>

Das institutionelle Arrangement des bulgarischen kommunistischen Systems und der Platz der Gewerkschaften in ihm blieben von Ende der fünfziger Jahre bis in die achtziger Jahre erstaunlich stabil. Der sozialistische Staat führte zwar verschiedene Reformen der Gewerkschaften durch, die aber letztlich auf Äußerlichkeiten beschränkt waren und nicht an die Substanz gingen.<sup>45</sup> Zur Erfüllung der Produktionspläne beizutragen und dafür die Betriebsleitung zu unterstützen, blieb die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften. Darin wurzelte die Grundursache für die Diskreditierung der Gewerkschaften in den Augen der Arbeiter während des Sozialismus.<sup>46</sup> Die Gewerkschaften entkamen nicht der nach Mihail Gruev „aus Sicht der Syndikate absurden Situation“, die Interessen des Arbeitgebers (des Staates) und nicht jene der Arbeitnehmer verteidigen zu müssen.<sup>47</sup> Darüber konnte die Propaganda des Regimes nicht hinwegtäuschen, so sehr diese auch betonte, dass die Verteidigungsfunktion der sozialistischen Gewerkschaften nicht als Konfrontation mit dem Staat als Ganzes gesehen werden durfte, sondern als Konfrontation mit bestimmten Funktionären, die von der Pateilinie abwichen und somit die sozialistischen Verhältnisse zwischen den einzelnen Komponenten des politischen Systems störten.<sup>48</sup>

Erst unter dem Eindruck der Reformpolitik von Gorbatschow, die völlig zu ignorieren die bulgarischen Genossen nicht wagten, sowie als Versuch einer Antwort auf die zunehmenden ökonomischen Probleme brachte die BKP einige Reformen auf den Weg; diese schufen allerdings nicht mehr als eine Illusion von Demokratie. Das populäre Schlagwort Mitte der achtziger Jahre war, „die Aufgaben der Gesellschaft im Rahmen der Verwaltung des Staates auszuweiten“. Dazu sollten auch die Gewerkschaften einen Beitrag leisten, indem im Jahr 1984 das Verhältnis zwischen gewerkschaftlichen Primärorganisationen und der Belegschaft eine radikale Veränderung erfuhr – wenigstens auf dem Papier.<sup>49</sup> Zum ersten Mal in der Geschichte des kommunistischen Bulgarien erhielten durch das neue Gewerkschaftsgesetz die Gewerkschaften eine gewisse Autonomie. Die Reform des Arbeitsrechts im Jahr 1986 enthielt sogar die Idee der Arbeitnehmerselbstverwaltung, die aber unter anderem an der völligen Apathie der Beschäftigten scheiterte, da diese in der vermeintlichen Selbstverwaltung ein weiteres

---

<sup>44</sup> DASKALOVA, *Profesjuzite pri socializma*, 99.

<sup>45</sup> Vladimir MIGEVA, *Masovite organizacii v Bǎlgarija v epohata na socializma (1944-1989 g.)*, in: Evgeniy KANDLAROV (Hg.), *Izledvanija po istorija na socializma v Bǎlgarija 1944-1989*, Bd. 2. Sofija 2010, 635-661.

<sup>46</sup> DASKALOVA, *Profesjuzite pri socializma*, 89f.

<sup>47</sup> GRUEV, *Politichesko razvitie*, 157.

<sup>48</sup> Marko MARKOV, *Socialističeskata demokracija i profesjuzite*. Sofija 1984, 92.

<sup>49</sup> Tatjana MIHAYLOVA, *Bǎlgarskite profesjuži prež 80-te godini – križa i opiti za promjana*. In: PETROV, *Bǎlgarskoto sindikalno dviženie*, 131-151, 133f.

leeres Versprechen sahen.<sup>50</sup> Die in normativen Akten umgesetzten Reformmaßnahmen blieben uneffektiv, da zum einen die BKP weiterhin nicht bereit war, ihr Machtmonopol aufzugeben. Zum anderen war das Vertrauen der Bevölkerung in die Problemlösungskompetenz der Partei auf ein Minimum gesunken, ebenso wie das Ansehen der Gewerkschaften in den Augen der Arbeiter. Die Bevölkerung ließ sich mithin nicht mehr für neue institutionelle Mechanismen mobilisieren, die auf ihre Partizipation setzten.<sup>51</sup>

## Fallstudie und Quellen

Der vorliegende Text präsentiert die tentativen Ergebnisse der Untersuchung der Beziehungen zwischen Beschäftigten und Gewerkschaften auf der Basis einer Fallstudie: des Stahlwerks Kremikovci, das seinerzeit die größte Fabrik in Bulgarien und auch das größte Stahlwerk auf dem Balkan war.<sup>52</sup> Kremikovci hat aufgrund seiner hervorragenden nicht nur ökonomischen, sondern auch gesellschaftspolitischen Bedeutung besonderen heuristischen Wert zur Analyse der sozialen Praktiken im bulgarischen Staatssozialismus; es war einer der wesentlichsten Bestandteile der Politik der BKP, eine neue materielle und zugleich ideale Welt zu schaffen.<sup>53</sup> Das kommunistische Regime wies der „Arbeiterklasse“ eine, wenn nicht *die* zentrale Position in seinen gesellschaftlichen Projektionen zu.<sup>54</sup> Kremikovci als eine „Schmiede des Neuen Menschen“ ist daher ein sozialer und räumlicher Ort, an dem sich die Beziehungen zwischen Arbeitern und Regime in idealtypischer Art und Weise herauskristallisierten. Hierbei spielten auch die Gewerkschaften eine wichtige Rolle: einerseits, weil ihnen im Rahmen der Schaffung eines „sozialistischen Arbeiters“ eine besondere Bildungsaufgabe zugeordnet war; andererseits, weil sie in einem so großen und emblematischen Betrieb wie Kremikovci

---

<sup>50</sup> Derek C. JONES / Mieke MEURS, Worker Participation and Worker Self Management in Bulgaria, *Comparative Economic Studies* 33 (1991), H. 4, 47-82.

<sup>51</sup> Siehe ebenda; vgl. Petăr PETROV, Lebenszufriedenheit bulgarischer Arbeitnehmer. Aussagen aus den 1980er Jahren und heutiges Erinnern, in: Klaus ROTH, Arbeitswelt – Lebenswelt. Facetten einer spannungsreichen Beziehung im östlichen Europa. Berlin, Münster 2006, 51-62; Ulf BRUNNBAUER, The End of Communist Rule in Bulgaria. Crisis of Legitimacy and Political Change, in: Arnold SUPPAN / Michael GEHLER / Wolfgang MÜLLER (Hgg.), *The Revolutions of 1989. A Handbook*. Wien 2014 (im Druck).

<sup>52</sup> Einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des Stahlwerks während des Sozialismus sowie seine gesellschaftspolitischen Aufgaben geben: Michael PALAIRET, „Lenin“ and „Brezhnev“. Steel Making and the Bulgarian Economy, 1956-90, *Europe-Asia Studies* 47 (3), 1995, 493-505; Ulf BRUNNBAUER, Stählerne Träume. Kremikovci und der Neue Mensch, in: Ulf BRUNNBAUER / Wolfgang HÖPKEN (Hgg.), *Transformationsprobleme Bulgariens aus historischer und anthropologischer Perspektive*. München 2007, 202-228.

<sup>53</sup> Ulf BRUNNBAUER, „Die sozialistische Lebensweise“. Ideologie, Gesellschaft, Familie und Politik in Bulgarien (1944-1989). Wien 2007, 170.

<sup>54</sup> Peter HÜBNER, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970. Berlin 1995, 7.

nicht umhin kamen, auch die Interessen der Beschäftigten zu verteidigen. Die Gewerkschaftsfunktionäre standen somit unter einem doppelten Druck: durch die Ansprüche der Belegschaften „von unten“ wie durch die Forderungen der Gewerkschaftsspitzen und der Betriebsleitung „von oben“. Kremikovci eignet sich auch als Fallbeispiel für die Untersuchung der Frage nach der Position einer staatssozialistischen Gewerkschaft in den alltäglichen Produktionsbeziehungen auf der Ebene eines Betriebs.

Unser Aufsatz kann sich auf eine reiche Quellenbasis stützen: archivalische Quellen (Protokolle, Berichte und andere Dokumente der Betriebsgewerkschaften, der BKP und ihrer Primärorganisationen sowie der Staatssicherheit), Materialien aus der Betriebszeitung „Kremikovski metalurg“ (Artikel, Leserzuschriften und Karikaturen) sowie Interviews mit ehemaligen Arbeitern sowie Gewerkschafts- und Parteifunktionären in Kremikovci. Die Basisfunktionäre sind für unsere Fragestellung besonders wichtig, da sie sich nahe an den Arbeitern befanden und gleichzeitig einen Blick auf die Organisation von innen hatten. Außerdem standen sie in der politischen Hierarchie selbst weit unten, weshalb vermutet werden kann, dass sie sich auch kritisch äußerten. Ähnliches gilt für die Parteifunktionäre im Betrieb, die allerdings machttechnisch deutlich über den Gewerkschaftsfunktionären situiert waren und maßgeblichen Einfluss auf Entscheidungen der Betriebsleitung ausüben konnten. Trotz Quellendichte ist gleichwohl zu konstatieren, dass sich die alltäglichen Konflikte zwischen Arbeitern und Werksleitung sowie die Konfliktlösungswege nicht leicht erfassen lassen, weil diese vielfach keine dokumentarischen Spuren hinterlassen haben, da es zum Beispiel Leiter von Brigaden gelang, einen Konflikt schon beizulegen, bevor er aktenkundig wurde.<sup>55</sup> Hier kann Oral History etwas Abhilfe schaffen, aber eben nur soweit der referentielle Wert von Erinnerungen reicht.

### **Forderungen und Beschwerden der Arbeiter**

Das von der offiziellen Propaganda des Idealarbeiters verbreitete Bild war ebenso einheitlich wie eintönig: Er wurde als Träger aller Tugenden, klassenbewusst, fleißig, gewissenhaft, zufrieden, gesellschaftlich motiviert, aufopfernd und der Sache des Sozialismus ergeben dargestellt.<sup>56</sup> Die Gewerkschaften sollten zur Verwirklichung dieses Ideals beitragen, weshalb – wie oben erwähnt – der ihnen von der Partei zugedachten Erziehungsfunktion besondere Bedeutung zukam. Die Propaganda ging sogar noch

---

<sup>55</sup> Vgl. Jörg ROESLER, Die Rolle des Brigadiers bei der Konfliktregulierung, in: Peter HÜBNER/Klaus TENFELDE (Hg.) Arbeiter in der SBZ/DDR. Essen 1999, 413-437, 414f.

<sup>56</sup> Die bulgarischen Vorstellungen vom Idealarbeiter als wesentlicher Teil des Konzepts des Neuen Menschen folgten den sowjetischen Modellen, auf die sich bulgarische Autoren reichlich beriefen. Der Arbeitspsychologe Nikolaj Levitov z. B. schreibt, dass den sowjetischen Arbeitern allgemein ein „positives emotionelles Verhältnis zur Arbeit“ zu Eigen sei. „Eine besonders positive Emotion, die bei der Arbeit hilft, ist das Gefühl der Zufriedenheit und Freude über die Arbeit.“ Nikolaj LEVITOV, Psihologija na truda. Sofija 1969, 86.



weiter und forderte von den Arbeitern Dankbarkeit für die Partei, die sich um ihr Wohlergehen sorgte. Das Protokoll der Konferenz der Betriebsgewerkschaften in Kremikovci im Jahr 1976 hielt fest, dass einer der Beteiligten „unsere warme Dankbarkeit für die Partei, die Leiterin unserer Gesellschaft, für ihre großen Sorgen und ihre Aufmerksamkeit“ ausgedrückt hat. Die Äußerung geht weiter mit der Feststellung, dass dank dieser Bemühungen der Partei die Werktätigen in Kremikovci viele Sozialleistungen erhalten würden.<sup>57</sup> Gleichartige Formulierungen finden sich immer wieder in den Dokumenten der regelmäßigen Gewerkschaftskonferenzen, wie zum Beispiel im Jahr 1974, als ein Vertreter im Namen der ganzen Gewerkschaftskonferenz seinen „Arbeiterdank“ für die große Fürsorge der Partei ausspricht.<sup>58</sup>

Undankbare, kritische Arbeiter passten nicht ins Bild. Die Redaktion der Betriebszeitung zeigte sich ernsthaft beunruhigt, als die Äußerungen der Arbeiter einer Abteilung des Kombinats während eines von der Zeitung organisierten Besuchstages nicht „optimistisch“ und „zukunftsorientiert“ ausfielen.<sup>59</sup> Denn Arbeiter, so die Zeitung, hätten sich „selbstkritisch, mit Optimismus und im Namen des Metallarbeiters“ zu artikulieren.<sup>60</sup> Solche Warnungen und Hinweise waren nicht nur Ausdruck einer ideologischen Illusion, sondern auch der konkreten Sorge von Partei und Gewerkschaft, dass Arbeiter die Möglichkeiten zur Artikulation von Kritik für zu weit gehende Forderungen nutzen würden. Für das kommunistische Regime, selbst wenn es sich seiner Aporien bewusst sein sollte, war die Aufführung von ideologischem Konsens enorm wichtig. Substantielle Kritik hätte zudem den zielrationell begründeten Legitimitätsanspruch eines Regimes unterminiert, das sich nicht über Verfahren, sondern über die Ziele seiner Handlungen begründete. Aus diesem Grund maßten kommunistische Parteien, so auch die BKP, Äußerungen auf Versammlungen so große Bedeutung zu. Was uns heute als Aneinanderreihung von ideologischen Worthülsen erscheint, die bar jeglicher materiellen Realität waren und in die auch niemand ernsthaft geglaubt haben konnte, war Ergebnis der großen Furcht der Partei, dass öffentlich auf die Aporien und Widersprüche des Systems hingewiesen werden konnte. Die Partei kreierte daher einen Apparat an ideologisch opportunen Erklärungen für nicht zu leugnende Missstände bzw. von schablonenhaften Sprachregelungen für die Zurückweisung von Ansprüchen; sehr gerne wurden zum Beispiel materielle Forderungen als „Überbleibsel des kapitalistischen Denkens“ und als „Ausdruck kleinbürgerlichen Egoismus“ abgetan und somit ostraziert.<sup>61</sup>

---

<sup>57</sup> Regionalen dărzaven archiv – Sofia [im Weiteren: RDA Sofija], f. 2336, op. 1, a.e. 8, Bl. 52.

<sup>58</sup> RDA Sofija, f. 2336, op. 1, a.e. 6, Bl. 94.

<sup>59</sup> Kremikovski metalurg, Nr. 21 vom 13.3.1979, S. 2f.

<sup>60</sup> Kremikovski metalurg, Nr. 12 vom 9.2.1979, S. 2.

<sup>61</sup> Vgl. Peter HÜBNER, Syndikalistische Versündigungen? Versuche unabhängiger Interessenvertretung für die Industriearbeiterschaft der DDR um 1960. Das „Syndikalismus“-Phänomen als Gegenstand der historischen DDR-Forschung, *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 3 (1995), 100-117, 106.

Eine dementsprechend sensible Angelegenheit waren Forderungen und Beschwerden von Arbeitern. Diese bezogen sich in der Regel auf die konkreten Lebens- und Arbeitsumstände in Kremikovci: Arbeiter klagten über zu niedrige Löhne bei zu hohen Normen; sie kritisierten das System der Prämien sowie die Praxis der Kompensation schädlicher Arbeitsbedingungen durch Lohnzuschläge. Beklagt wurden Probleme bei der Einstufung der Arbeit, die schlechten Arbeitsbedingungen, die fehlende Arbeitsbekleidung, die hohen Überstunden, die schlechte Verkehrsanbindung des Werks (weshalb die meisten Arbeiter, da sie in der Stadt Sofia lebten, täglich viel Zeit für den Hin- und Rückweg aufbringen mussten). Schwierigkeiten bei der Verteilung der Urlaubskarten wurden ebenso kritisiert wie Probleme bezüglich der Hygiene der Sanitäranlagen. Ein Dauerbrenner der Beschwerden war die unbefriedigende Wohnungssituation, da viele Arbeiter, aufgrund der in Sofia bis in die achtziger Jahre hinein vorherrschenden endemischen Wohnungsknappheit, unter unzumutbaren Bedingungen leben mussten.

Was geschah nun, wenn Arbeiter diese Probleme auf Versammlungen ansprachen und Abhilfe forderten? Diese öffentlichen Versammlungen, die einen wesentlichen Teil des Gewerkschaftslebens darstellten, dienten intentional nicht der Kritik, sondern der sichtbaren Äußerung der Loyalität. Aus diesem Grund war die Verwendung bestimmter Wörter, die eine optimistische Grundhaltung zum Ausdruck brachten, für jeden Diskussionsbeitrag während der verschiedenen Veranstaltungen obligatorisch. Die Bemühungen der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre um die Rednerschulung der Gewerkschaftsmitglieder als „Vehikel, um aus den Karteileichen aktive Mitstreiter zu machen,“ hatten diesbezüglich einen wichtigen Nebeneffekt:<sup>62</sup> Die Arbeiter lernten dadurch ihre Forderungen in einer akzeptablen Sprache zu formulieren; die Rubrik „Arbeitsrechtliche Beratung“ der Betriebszeitung gab ebenfalls Anschauungsunterricht, wie konkrete Probleme ideologiekonform artikuliert werden konnten. Hier können Prozesse lokalisiert werden, die Stephen Kotkin in seiner Studie über Magnitogorsk als das Erlernen der Fähigkeit, „bolschewistisch zu sprechen“ (speaking Bolshevik), bezeichnete.<sup>63</sup>

Da aber die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht immer mit der optimistischen Rede-weise der Versammlungen in Einklang zu bringen war, gab es Arbeiter, die ausgewählt wurden, auf Versammlungen viele Forderungen zu stellen und sich sogar offen mit Funktionären zu streiten; sie ergriffen üblicherweise am Ende der Versammlung das Wort.<sup>64</sup> Arbeiter durften auf Versammlungen ihre Forderungen also nicht bedingungslos stellen. Sollten trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen die Äußerungen von Unzufriedenheit zu stark werden, reagierten Gewerkschaftsfunktionäre mit einer Mischung aus verzerrten

---

<sup>62</sup> Alf LÜDTKE, *Eigensinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*. Hamburg 1993, 176f.

<sup>63</sup> Stephen KOTKIN, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*. Berkeley/CA, Los Angeles, London 1995, 198-237.

<sup>64</sup> Interview mit Z. A., geboren 1952 in der Nähe der Stadt Pleven.

Auslegungen, Lügen, Versprechen, Drohungen und Vorwürfen an die Arbeiter.<sup>65</sup> Diese Strategien des Regierenden sind auch in den Interviews fragmentarisch anwesend. So manifestiert ein im Projekt interviewter Basisgewerkschaftsfunktionär durch seine Erinnerungen die paternalistische Rolle des sozialistischen Staates. Die Reaktion auf Unzufriedenheit von Arbeitern bei einer Versammlung war wie folgt:

„Warte mal, was willst du? ... Wir haben dir dies und das gegeben.‘ Damals haben sie uns alles gegeben. So, sie haben uns Wohnungen gegeben, sie haben uns Löhne gegeben, alles haben sie uns gegeben, und was machen wir – nur arbeiten. Sie haben uns alles gegeben, und wenn dir auch noch eine Urlaubskarte gegeben wird, was willst du noch mehr?“<sup>66</sup>

Der Vorwurf der Undankbarkeit konnte noch durch den Verweis auf den Heroismus der sozialistischen Gründerzeit untermauert werden, indem beispielsweise Funktionäre die Heldentaten der Arbeiter betonten, die am Bau von Kremikovci teilgenommen hatten und mit den unwirtschaftlichsten Bedingungen konfrontiert gewesen waren. So beschrieb in den sechziger Jahren ein stellvertretender Betriebsleiter des Stahlwerks die Arbeitsbedingungen, unter denen die Bauarbeiter gearbeitet und gewohnt hatten, sowie die Schwierigkeiten, wie Kälte, Dreck, unzureichende Wohnanlagen usw., denen sie ausgesetzt gewesen waren. Diese Arbeiter schätzten die Vorteile der Gegenwart im Unterschied zu jenen, die ein leichtes Leben führen und diese Annehmlichkeiten „gleichgültig und verantwortungslos“ genießen wollten.<sup>67</sup> Doch alle diese rhetorischen Strategien konnten nicht verhindern, dass Arbeiter dennoch ihre Unzufriedenheit äußerten – auf Versammlungen oder auch bloß am Arbeitsplatz. In den Archivdokumenten des Betriebes ist davon zu lesen, wie Arbeiter über die Bedingungen in bestimmten Abteilungen des Stahlwerks schimpfen.<sup>68</sup> Im Jahr 1970 stellte jemand auf einer Gewerkschaftsversammlung fest, dass es in der Arbeiterschaft aufgrund der nicht eingehaltenen Versprechungen „gären“ würde.<sup>69</sup>

Einen wichtigen und offiziell sanktionierten Kanal der Artikulation von Unzufriedenheit, aber auch von Verbesserungsvorschlägen, stellte das Beschwerdewesen dar, von dem die Arbeiter in Kremikovci reichhaltig Gebrauch machten, wie aus der hohen Zahl der leider nur fragmentarisch erhalten gebliebenen Beschwerden aus dem Betrieb heraus an Staats- und Parteiorgane geschlossen werden kann. Die Parteiführung ermutigte insgesamt die Bürger des Landes, sich schriftlich zu beschweren, wobei das Regime zwei Ziele im Auge hatte: Einerseits dienten die Beschwerden der Sammlung von Informationen über Korruptionsfälle und Unzulänglichkeiten einzelner Amtsträger; andererseits gaben sie den Bürgern das Gefühl, dass die Regierung tatsächlich an ihrer Lage Interesse hätte und ihre Forderungen erfüllen würde. Ein eigenes Gesetz regelte

<sup>65</sup> Ähnlich beschrieb es schon Pavel TIGRID, Arbeiter gegen den Arbeiterstaat. Widerstand in Osteuropa. Köln 1983, 54f.

<sup>66</sup> Arhiv na Institutu za izsledvane na bližkoto minalo [im Weiteren AIIBM], Bl. 1.

<sup>67</sup> RDA Sofija, f. 2336, op. 1, a.e. 4, Bl. 12.

<sup>68</sup> RDA Sofija, f. 2336, op. 1, a.e. 4, Bl. 21.

<sup>69</sup> RDA Sofija, f. 2336, op. 1, a.e. 13, Bl. 64.

den Umgang mit den Beschwerden, die als eine Art der vertikalen „Rechnungsführung“ in kommunistischen Regimes angesehen werden können.<sup>70</sup>

Ähnlich wie die mündlich vorgebrachten Klagen entwerfen die schriftlichen Beschwerden ein breites Tableau alltäglicher Probleme und Unzulänglichkeiten, mit denen die Bürger des Sozialismus konfrontiert waren; die besondere Sensitivität dieser Klagen aus der Perspektive des Regimes lag darin begründet, dass sie einen klaren Hinweis auf die Nichterfüllung konkreter Versprechungen der Partei darstellten und daher die lebensweltliche Legitimität des Systems bedrohten. Aus diesem Grund hatte das Regime durchaus ein Interesse daran, die Probleme der Beschwerdeführer zu lösen – und vor allem die Klagen individualisiert zu halten, denn nichts wäre für den Machterhalt bedrohlicher gewesen, als wenn sich Personen mit ähnlichen Problemen zusammengetan und kollektiv Forderungen gestellt hätten. In den Beschwerden der Arbeiter aus Kremikovci ist also vom Dauerproblem des Wohnraummangels ebenso zu lesen wie von der schlechten Qualität des Kantinenessens, von den zu geringen Löhnen und von nichtadäquater LohnEinstufung, von unregelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmitteln, von ungerechtfertigten Privilegien einiger Werktätiger, etc.<sup>71</sup> Gerade die Beschwerden über Ungleichbehandlung und Machtmissbrauch lassen weitgehende Rückschlüsse auf die (informelle) soziale Stratifikation zu, aufgrund derer sich Arbeiter in ihrem von der Partei höchst offiziell sanktionierten Egalitätsanspruch verraten fühlten. In einer Beschwerde an das Zentralkomitee im Jahre 1968 beklagte etwa ein unzufriedener Arbeiter, der selbst Mitglied der Partei war, dass ein Kombi-natsleiter seine Macht dazu benutzt hätte, einen Bekannten mit einer Wohnung zu versorgen. Am Ende der Beschwerde demonstrierte dieser Arbeiter seinen Idealismus und seine Loyalität zur Partei, indem er erklärte, dass er – im Unterschied zu dem Betriebsleiter – seine Beziehungen in der Partei nicht für den eigenen Vorteil nutzen würde. Denn er wolle nicht zum „Schacherer und Karrieristen“ werden, dessen Name die Ehre der BKP beflecken würde.<sup>72</sup>

Die Verwendung ideologischer Tropen war ebenso wie der Verweis auf die Loyalität zur Partei ein probates Mittel, um einerseits einer Beschwerde zusätzliches Gewicht zu verschaffen, sich andererseits aber einen größeren Kritikraum zu erlauben, als wenn der Tonfall der Beschwerde gänzlich parteifremd geklungen hätte. Beliebte rhetorische Mittel waren die Betonung der Herkunft aus einer „Arbeiterfamilie“, die Hervorhebung der eigenen Teilnahme bzw. jener von Vorfahren am „antifaschistischen Kampf“, die Betonung der langen Parteizugehörigkeit (am besten auch der Eltern) sowie die Einschreibung des eigenen Lebens in die großen Umbrüche der Zeit.<sup>73</sup> Der begabte Beschwerdeführer hatte verstanden, dass es seinem Ziel dienlich war, sein individuelles Leben mit jenem des Kollektivs zu synchronisieren und somit auch implizit seine

<sup>70</sup> DIMITROV, *Žalbite na graždanite*, 171.

<sup>71</sup> RDA Sofija, f. 2336, op. 1, a.e. 13, Bl. 105.

<sup>72</sup> RDA Sofija, f. 1459, op. 3, a.e. 215, Bl. 86-87.

<sup>73</sup> BRUNNBAUER, *Staat und Gesellschaft im Realsozialismus*, 22.

eigenen Schwierigkeiten als solche darzustellen, die dem Ruf des sozialistischen Systems insgesamt abträglich sein könnten. Ein Metallarbeiter suchte zum Beispiel für sich und seine Familie um eine geeignete Wohnung an, damit er „seine Arbeit dem Aufbau unseren Stolzes – des Giganten Kremikovci – und dem Aufbau des Sozialismus in unserer blühenden und lieben Heimat hingeben“ könne.<sup>74</sup> Die breitgefächerten ideologischen Botschaften boten für viele Lebenslagen einen Anknüpfungspunkt: Eine Arbeiterin begründete zum Beispiel ihren Wohnungswunsch mit den Erfordernissen der Emanzipation der Frau, die bekanntlich ein wichtiges Ziel der Partei war. Sie entrüstete sich darüber, dass ihr Antrag auf eine eigene Wohnung mit der Begründung abgelehnt worden sei, kein Familienoberhaupt zu sein.

„Von welchem Familienoberhaupt kann man sprechen, wenn wir den neuen Menschen nicht von der veralteten Ansicht bezüglich der Stellung der Frau in der Gesellschaft her beurteilen, sondern nach ihrem realen Beitrag für die gesellschaftliche Entwicklung?“<sup>75</sup>

Die offizielle Politik der Anerkennung, die auch „einfachen“ Arbeiterinnen und Arbeitern das Gefühl geben sollte, für die Gesellschaft wichtig zu sein, mag daher von Seiten des Regimes eine Strategie der Manipulierung gewesen sein; sie schuf aber auch reale Möglichkeiten, subalterne Forderungen so zu begründen, dass sie von der Macht nicht ohne Weiteres ignoriert werden konnten.

Dies bedeutet aber nicht, dass Beschwerden nur als Manifestation von erfolgreichen Lernprozessen des Einübens einer ideologischen Sprache seitens der Arbeiter gelesen werden sollten. Abgesehen davon, dass viele Autoren solche Beschwerden recht ungenau formulierten, stellen diese Texte – trotz aller heuristischer Probleme, die sich aber bei allen historischen Quellen stellen – wertvolle Materialien für die Rekonstruktion alltäglicher Probleme und entsprechender Wahrnehmungen, aber auch Wünsche und Ziele der Arbeiter dar. Aus den im Gewerkschaftsarchiv des Kombinats Kremikovci erhaltenen Beschwerden und Berichten von den Gewerkschaftsversammlungen erfährt man nicht nur davon, dass sich die Arbeiter für Löhne und Arbeitsbedingungen interessierten, sondern auch für viele andere Belange, wie Möglichkeiten der Freizeitgestaltung – Theater und Kino, Fußball, Schachspielen und andere Sportarten tauchen immer wieder auf und waren den Arbeitern offenkundig wichtig.<sup>76</sup> Manche Arbeitskollektive beantragten sogar Gymnastik zu treiben.<sup>77</sup> Arbeiter zeigten sich auch beunruhigt über Probleme bei der Produktion, wie die unregelmäßige Versorgung mit Rohstoffen und Metall und die geringe Qualität der Produkte, ebenso wie über die Nichterfüllung des Plans.<sup>78</sup> Selbst wenn diese Beschwerden und Äußerungen auf Betriebsversammlungen natürlich nicht *prima vista* als Anteilnahme von Arbeitern an den Erfolgen der Produktion gewertet

<sup>74</sup> RDA Sofija, f. 1459, op. 3, a.e. 215, Bl. 85.

<sup>75</sup> RDA Sofija, f. 1459, op. 3, a.e. 216, Bl. 100a.

<sup>76</sup> RDA Sofija, f. 2336, op. 1, a.e. 51, Bl. 3, 25f.

<sup>77</sup> RDA Sofija, f. 2336, op. 1, a.e. 51, Bl. 160, 163.

<sup>78</sup> RDA Sofija, f. 2336, op. 1, a.e. 51, Bl. 3, 10, 26, 54, 59, 124.

werden können, gibt es umgekehrt auch keinen Grund, nicht doch ein genuines Interesse wenigstens der qualifizierten Kernbelegschaft daran anzunehmen, und sei es nur aus materiellen Motiven. Schließlich zeigt sich in Interviews mit solchen Arbeitern ein hoher Grad der Identifikation mit der Produktion und ihren Ergebnissen. Jedenfalls können die schriftlichen und mündlichen Beschwerden angesichts fehlender zeitgenössischer Meinungsumfragen als eine mögliche Quelle zur Rekonstruktion der Haltungen, Perzeptionen und Erwartungen der Arbeiter herangezogen werden.<sup>79</sup>

### **Brigaden als Orte des Konflikts und des Sozialkapitals**

Zu den bisher in der Forschung angesichts ihrer sozialen Bedeutung viel zu wenig untersuchten Institutionen des realsozialistischen Arbeitslebens gehören die Brigaden, die in vielen staatssozialistischen Ländern, so auch in Bulgarien, die Grundeinheit der Arbeitsorganisation bildeten. In ihnen spielte sich ein guter Teil des alltäglichen Arbeitens ab, und die durch sie konstituierten sozialen Beziehungen reichten in das Leben jenseits des Arbeitsplatzes hinein. Leider steht das Ausmaß der dokumentarischen Überlieferung über die Brigaden in Kontrast zu ihrer bisher nur anekdotisch belegten Bedeutung. Die Brigaden waren jedenfalls ein wichtiges Element der Paradoxien und Aporien des Realsozialismus. Die Gewerkschaften etwa konzentrierten sich bei ihrem Versuch, ein konfliktloses Arbeitskollektiv herzustellen, ganz auf die einzelnen Brigaden; letztlich waren es aber genau die Brigaden, die Konflikte im Betrieb erzeugten, da sie der Ort eines kollektiven Eigen-Sinns mit erheblichem Identifikationspotential waren. Peter Hübner beschreibt eindrücklich die Mechanismen, wie Arbeiter die Brigadestruktur als eine Gelegenheit begriffen, ihre Interessen direkt und relativ unbeeinflusst von den Funktionären der Betriebsgewerkschaften und der Partei durchzusetzen.<sup>80</sup>

Ähnlich wie in der DDR traten auch in Kremikowci-Brigaden vor allem bei Konflikten um Lohn- und Normfragen hervor.<sup>81</sup> Häufig führten solche Konflikte zu Arbeitsunterbrechungen, also einer Form des Stopps der Produktion unterhalb der Intensität eines Streiks, aber oberhalb der reinen Bummelerei. In einem uns bekannten Fall aus dem Februar 1968 wurde ein solcher Konflikt Objekt der Untersuchung durch die Staatssicherheit, als eine aus 28 Arbeitern bestehende Baubrigade in Kremikowci ihre Arbeit wegen der aufgrund einer Neubemessung der Arbeitsleistung verordneten Kürzung des Lohnzuschlags stoppte; sie kamen einfach aus ihrer Mittagspause nicht zurück. Sofort wurde der zuständige Major der Staatssicherheit verständigt, welcher der Brigade mitteilte, dass sie im Falle von Unzufriedenheit den normalen Beschwerdeweg gehen sollte. Daraufhin beendete die Brigade umgehend ihre Arbeitsunterbrechung. Zwei Agenten der Staatssicherheit begannen mit einer Untersuchung der Brigade, um herauszufinden, ob „diese Demonstration von irgendeinem feindlichen Element politisch angestiftet“

<sup>79</sup> Vgl. DIMITROV, *Žalbite na graždanite*, 175.

<sup>80</sup> HÜBNER, *Syndikalistische Versündigungen?*, 112-114.

<sup>81</sup> Vgl. HÜBNER, *Konsens, Konflikt und Kompromiß*, 193; ROESLER, *Die Rolle des Brigadiers*, 420.

worden sei.<sup>82</sup> Rund eine Woche später gab der Leiter der Brigade zu Protokoll, dass die Arbeiter seiner Brigade die Arbeit eingestellt hatten, weil der Zuschlag nach einer Neuberechnung der notwendigen Arbeit von 160 auf 124 Prozent reduziert worden war. Nach der Intervention des Agenten der Staatssicherheit, der ihnen angedroht hatte, sie wegen Sabotage zu verfolgen, hätten die Arbeiter augenblicklich ihre Arbeit wiederaufgenommen. Danach gingen die Brigadearbeiter zum leitenden Ingenieur, der plötzlich von irgendwoher eine andere Aufgabenbeschreibung für die Brigade hervorholte, so dass der Lohnzuschlag wieder auf 140 Prozent angehoben wurde.<sup>83</sup>

Diese Episode verdeutlicht den typischen Problemlösungsmechanismus: Zum einen intervenierte bei einer offenen Manifestation von Unzufriedenheit die Staatssicherheit rasch und energisch; durch die Verwendung von politisch klar konnotierten Begriffen wie „Sabotage“ konnten die Agenten der Staatssicherheit ein Drohszenario aufbauen, das die Arbeiter schnell an ihre Arbeit zurückkehren ließ. Zum anderen aber suchte (und fand) die Betriebsleitung einen Weg, der Forderung der Arbeiter wenigstens partiell nachzukommen, um sie nicht weiter zu entfremden – und womöglich zu einem Betriebswechsel zu motivieren. In einem anderen Fall einer versuchten Lohnkürzung erhoben die Arbeiter einer Brigade „Geschrei“ – und schon war das Problem erledigt.<sup>84</sup> Durch diese Form der Ausübung von Druck durch die Arbeiter auf die Betriebsleitung stellte sich auch in Kremikovci jene Tendenz ein, die Peter Hübner für die DDR konstatiert hat, nämlich eine „zunehmend gewichtigere Position von Arbeitsgruppen oder Brigaden“.<sup>85</sup>

Neben Lohnforderungen waren Klagen über schlechte Arbeitsbedingungen ein Grund für die Niederlegung der Arbeit auf der Ebene von Brigaden beziehungsweise für die Androhung dessen. Im Betriebsarchiv von Kremikovci findet sich beispielsweise ein Dokument aus dem Jahr 1972, in dem elf Arbeiter wegen der schlechten und schädlichen Arbeitsbedingungen protestieren und damit drohen, ihre Arbeit zu unterbrechen. Darüber hinaus beklagten sie sich auch über die schlechten Lebensbedingungen, die zu Arbeitsunfähigkeit führen würden. Obwohl sie diese Forderungen mehrfach an die Produktionsleitung gestellt haben, scheint in diesem Fall nichts unternommen worden zu sein.<sup>86</sup>

Von einer anderen Form des durch Brigaden artikulierten Arbeiterprotests berichtet in einem Interview der ehemalige Parteisekretär A.N., der die BKP in Kremikovci vertreten hat. Im Jahr 1978 war es zu einem technischen Schaden in einer Werkshalle gekommen, weshalb eine Brigade von Elektrikern aus einem anderen Bereich des Kombinats herbeigerufen wurde, um die Walzmaschine zu reparieren. Niemand

---

<sup>82</sup> „Spravka odnosno: Otkaza na brigadata s brigadir Jordan Penev Brankov...“, AKRDO-PBGDSRSBNA, f. VI – I, a.e. 342, Bl. 112f.

<sup>83</sup> „Protokol za razpit“, AKRDOPBGDSRSBNA, f. VI – I, a.e. 342, Bl. 119.

<sup>84</sup> Interview mit A.G., geboren 1944 im Dorf Gorni okol.

<sup>85</sup> HÜBNER, Konsens, Konflikt und Kompromiß, 195.

<sup>86</sup> RDA Sofija, f. 2336, op. 1, a.e. 28.

informierte sie über eine mögliche Gefahr. Als plötzlich jemand die Walzmaschine einschaltete, trennte diese einem der Elektriker beinahe beide Hände ab. Die Brigade zog sich in eine Baracke zurück und weigerte sich weiterzuarbeiten. Der Direktor versuchte mit den Arbeitern der Brigade zu sprechen, aber diese weigerten sich; ihren Brigadier ließen sie nicht weg, vielmehr riefen sie den Parteisekretär herbei. So ging Parteisekretär A. N. zur Brigade: Er versprach, die für den Arbeitsunfall Verantwortlichen ausfindig zu machen und zu bestrafen. Die Brigade war damit keineswegs zufrieden: Sie forderte nicht nur Lohn für diesen Tag Arbeit, obwohl sie die Arbeit verweigert hatte, sondern auch einen Zuschlag für die Arbeit in einer anderen als der üblichen Werkshalle. Der für diese Frage zuständige Vorgesetzte war im Übrigen kein Parteimitglied, aber bekannt für seine Sorgfalt und Unbestechlichkeit, weshalb in der Vergangenheit Parteimitglieder gefordert hatten ihn abzulösen, da er ihrer Ansicht nach nicht ausreichend Geld für den Lohnfonds genehmigte. Im konkreten Fall signalisierte er aber die Möglichkeit einer Prämie für die protestierende Brigade; aber die Brigade war noch immer nicht zufrieden und wies darauf hin, dass einer ihrer Arbeiter keine Urlaubskarte besitzen würde, obwohl er drei Kinder habe. Der Parteisekretär ging daraufhin zum Gewerkschaftssekretär, da die Gewerkschaften für die Vergabe von Plätzen in den betriebseigenen Urlaubsheimen zuständig waren, und forderte von ihm eine Karte für den betreffenden Arbeiter, trotz seiner Zweifel, dass dieser tatsächlich drei Kinder hatte.<sup>87</sup> Die Brigade zeigte somit erfolgreich Solidarität und nutzte das Bestreben der Partei aus, „Unzufriedenheit“ (nedovolstvo) nicht zu etwas Größerem auswachsen zu lassen. Die Episode zeigt darüber hinaus, wen die Brigade für imstande hielt, ihre Forderungen zu erfüllen: den Partei- und nicht den Gewerkschaftssekretär. Zu einem ähnlichen Befund kam auch das gewerkschaftliche Forschungsinstitut aus dem Jahr 1986, als die meisten befragten Arbeiter eine sehr geringe Erwartungshaltung bezüglich der Gewerkschaften artikulierten; zwei Drittel der Befragten wandten sich mit keinerlei Problemen an die Gewerkschaften.<sup>88</sup>

In der ursprünglichen Konzeption der Wirtschaftsorganisatoren waren die Brigaden als Instrument der Verhütung innerbetrieblicher Konflikte gedacht gewesen. Die oben genannten Beispiele verdeutlichen jedoch, dass gerade die kleinsten Arbeitskollektive Konflikte verursachen konnten. Ein wichtiger Grund dafür waren der starke Zusammenhalt, den die Brigaden verspürten, und die ihnen im Rahmen der Produktionsorganisation zugestandenen Freiräume. Diese Solidarität beruhte oftmals auf gemeinsamen Sozialisations- und Berufserfahrungen. Einen wichtigen Beitrag zur Festigung der sozialen Beziehungen innerhalb der Brigade leisteten die Gewerkschaften durch ihre Kulturarbeit, die sich auf das Innenleben der Brigaden richtete und diese als Einheit affirmierte. Die Gewerkschaften kräftigten diesen Zusammenhalt zwischen Arbeitern und „ihre Verbundenheit zur Gemeinschaft“ durch die Stärkung der Brigaden.<sup>89</sup>

<sup>87</sup> Interview mit A. N., geboren 1941 in Dorf Simitli (in der Nähe von der Stadt Blagoevgrad), 17f.

<sup>88</sup> NIIPPP: Profsäjuzite prez pogleda na rabotničeskata klasa. Sofia 1986, 4.

<sup>89</sup> Krästjo PETKOV, Sociologija na truda. Sofija 1985, 335.



Umgekehrt bekamen die Brigaden das Gefühl der Handlungsmacht, da sie Gewerkschafts- und Parteifunktionäre sowie die Betriebsleitung bei alltäglichen Problemen rasch zu Konzessionen drängen konnten. Die Brigade war somit jener soziale Ort, an dem jenes soziale Kapital entstand, das die Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen nutzen konnten. Insofern erfüllten die Brigaden eine kompensatorische Funktion, da die Massenorganisationen, in denen jedermann Mitglied sein musste (oder wenigstens sein sollte), die kollektiven Interessen der Arbeiter eben nicht verteidigten.<sup>90</sup>

Die relativ weitgehenden Handlungsmöglichkeiten von Brigaden bei dem Einsatz für die Interessen ihrer Mitglieder – die sich im Übrigen in ihrer Zentralität für die Aufrechterhaltung der Produktion widerspiegelte und letztlich in dieser (mit)begründet war – erklärt sich auch aus der Tatsache, dass sie in aller Regel Einzelfälle und sehr konkrete Schwierigkeiten problematisierten, womit Konflikte auf dem untersten Niveau der Betriebsorganisation eingegrenzt werden konnten. Eine ähnliche Strategie der Einzelfalllösung verfolgten die Gewerkschaften und auch die Vertreter der BKP. Solange Probleme individualisiert blieben, stellte sich nicht die Frage nach ihrem systemischen Charakter. Für Arbeiter bedeutete dies, dass es sehr hilfreich war, „Beziehungen“ zu den lokalen Gewerkschafts- und Parteileuten aufzubauen, um ihre Forderungen zu verwirklichen, denn ein organisierter, kollektiver Protest wäre aller Voraussicht nach mit Sanktionen seitens der Staatsmacht verbunden gewesen. Der staatssozialistische Paternalismus beruhte nicht nur auf den Handlungen des Patrons in Bezug auf den Klienten, sondern auch auf der aktiven Suche der Klienten nach einflussreichen Patronen. Wie Małgorzata Mazurek am polnischen Beispiel betont – und diese Einsicht lässt sich ohne Weiteres auf Bulgarien übertragen – resultierte das mangelnde Vertrauen in die Wirksamkeit der offiziell im Betrieb tätigen Organisationen in der Herausbildung eines zweiten, informellen Netzwerks, in dessen Rahmen Informationen flossen und verschiedene Fragen geregelt wurden.<sup>91</sup> Wir können von einer „Privatisierung“ der Konflikte zwischen den Arbeitern und ihren Vorgesetzten sowie deren Lösung sprechen – ein weiteres Paradoxon des Staatssozialismus, der ja eigentlich „gesellschaftliche“, im Sinne von öffentlichen (und faktisch staatlichen) Handlungsräumen der sozialen und ökonomischen Interaktion grundlegen wollte. Nach Jan Poleszczuk entwickelte sich daher anstelle einer „Kollektivierung“ eine „Familiarisierung“ von im Grunde zweckrationalen sozialen Beziehungen.<sup>92</sup> Charakteristisch für dieses Phänomen ist die Verwischung der Grenze zwischen einer Person und ihrer Funktion im Betrieb. Dieser Mechanismus wird zum Beispiel in einer Interviewpassage mit dem schon erwähnten

---

<sup>90</sup> Vgl. Marilyn RUESCHEMEYER/ Carl SCHARF, *Labor Unions in the German Democratic Republic*, in: Alex PRAVDA/ Blair A. RUBLE (Hgg.), *Trade Unions in Communist States*. Boston, London, Sydney 1986, 53-84, 81.

<sup>91</sup> Małgorzata MAZUREK, „Besser, billiger, schneller“. Die Politik der Mobilisierung der Arbeiter im Warschauer Glühlampenwerk „Rosa Luxemburg“ nach 1956, in: BRENNER/HEUMOS, *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung*, 77-104, 101.

<sup>92</sup> Zitiert nach MAZUREK, „Besser, billiger, schneller“, 101.

Parteisekretär in Kremikovci, A. N., deutlich, als er über die wenig erfreuten Reaktionen der Arbeiter auf die Einführung eines stärker formalisierten und eigentlich transparenteren Systems der Vergabe von Betriebswohnungen berichtet:

„Und als wir das neue System entwickelt haben, reagierten die Leute scharf, weil einige nach einer mündlichen Verabredung, manche mit dem Parteisekretär, andere mit dem Sekretär vom Komsomol, dritte mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden, vierte mit den Direktoren erwartet haben, eine Wohnung zu bekommen.“<sup>93</sup>

Informelle Bande und daraus entstehende Verbindlichkeitsgefühle erlaubten es Parteisekretären, Stillschweigen herzustellen, denn an der Oberfläche hatte alles einen problemlosen Eindruck zu machen; die Beziehungen zwischen den Arbeitern, den Betriebsleitern, den Massenorganisationen und der Parteiorganisation mussten harmonisch sein. Ein weiterer ehemaliger Parteifunktionär in Kremikovci erzählt:

„Und sie haben mich mehrmals zu sich gerufen, der Hauptparteisekretär des Kombinats hat mich gerufen und wir haben gesprochen, aber er hat sich nicht mit mir gestritten, und ich habe ihm die Sache erklärt. Er sagte: ‚Bitte, sag es nicht! Alle wissen, dass es so ist, aber sag es den Arbeitern nicht.‘“<sup>94</sup>

Unter der harmonischen Oberfläche war jedoch Raum für die zarte Artikulation von Widerspruch sowie für die Lösung von Konflikten. Lavieren, im Sinne kurzfristiger Lösungen von individuellen Problemen, während die strukturellen Schwierigkeiten unausgesprochen blieben, war ein wesentlicher Teil der Arbeit der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre im Betrieb. Darin gründete sich auch ihre Subjektivität: Durch die Betonung der Tatsache, dass Arbeiter ihre Unzufriedenheit äußerten, sie aber Lösungsmöglichkeiten fanden, heben die Funktionäre ihre professionelle Kompetenz ebenso hervor wie ihre Nähe zu den Arbeitern. Es ist signifikant, wenn der ehemalige Parteisekretär A. N. betont, dass sich die Arbeiter nicht einfach ihrem Schicksal fügten „keine Lämmchen“ waren.<sup>95</sup> Diese Aussage beschreibt nicht nur ein empirisches Faktum, sondern dient dem Parteisekretär auch als Nachweis der Schwierigkeit seiner Aufgabe, von der er uns im Interview überzeugen möchte. Die Beobachtung eines ehemaligen Gewerkschaftsfunktionärs fasst die langjährige Anpassung der Arbeiter und der Gewerkschaftsfunktionäre rund um das bestehende System prägnant zusammen:

„Aber alles war eine Sache von Kompromiss und Bauchgefühl, wann du aufbegehrt und dich zu Wort meldest.“<sup>96</sup>

An Streik war in einer derartigen Konstellation nicht zu denken, wie auch V. J., Anfang der achtziger Jahre Parteisekretär und Gewerkschaftsfunktionär in Kremikovci, hervorhebt; zum einen mangelte es an einem starken Anführer der Arbeiter und an betriebsweitem Vertrauen unter den Arbeitern; zum anderen hätte ein echter Streik

<sup>93</sup> Interview mit A. N.

<sup>94</sup> AIIBM, Bl. 5.

<sup>95</sup> Ebenda.

<sup>96</sup> AIIBM, f. 2, „Ustna istorija na Bălgarija 1944-1989 g.“, op. 23, a.e. 7, Bl. 4.

die Repressionsorgane des Staates auf den Plan gerufen, denn das Regime betrachtete Streik als eine Handlung gegen den Staat und somit als schweres Verbrechen. Die Arbeiter schöpften deshalb andere Handlungsmöglichkeiten aus, die offensichtlich nicht so riskant waren.<sup>97</sup>

Die Laufbahn von V. J. illustriert diese Handlungsmöglichkeiten der Arbeiter sehr gut. Er wurde von den Arbeitern für den Posten des Parteisekretärs vorgeschlagen, nachdem er seine Kollegen für eine schriftliche Forderung (podpiska) im Zusammenhang mit der Kategorisierung der Arbeit organisiert hatte. Die betreffenden Arbeiter versammelten sich während des Mittagessens in der Kantine, wo sie ihre gemeinsame Aktion besprachen. Die Betriebsleitung, die Gewerkschaften und die Parteisektion im Betrieb hatten davon Kenntnis erhalten, sagten aber nichts. Die Arbeiter richteten ihre schriftliche Anfrage an Todor Živkov, da sie vermuteten, dass nicht alle Informationen über die schweren Arbeitsbedingungen in Kremikovci den Machthaber überhaupt erreichten. Sie hatten allen Anlass misstrauisch gegenüber der Betriebsleitung zu sein; auf einer Parteiversammlung im Jahr 1979 in derselben Werksabteilung (Aglomeracija), an der ein Mitglied des Generalkomitees der BKP teilnahm, ergriff ein Parteimitglied das Wort:

„Wir haben selten die Ehre, dass unter uns ein Gast vom GK der BKP weilt. Ich wage es, eine Forderung zu stellen. In der Halle gibt es große Fragen und viele ungelöste Probleme. Aber wenn die großen Vorgesetzten kommen, stoppen wir die Fabrik, damit kein Staub aufgewirbelt wird und es sauber ist. Wen führen wir in die Irre, Kameraden? Wann werden uns die Leute dann trauen? Wann werden wir Ihnen erklären können, was mit der Kategorisierung der Arbeit geschieht?“<sup>98</sup>

Im erwähnten Fall des Protestschreibens reagierte die Staatssicherheit zwar wieder rasch, und die Beteiligten unterschrieben eine Art Unterlassungserklärung; allerdings rückten die Arbeiter nicht von ihrer Forderung ab und fanden eine nützliche „Beziehung“ in Person eines Kollegen, der aus demselben Dorf stammte wie der damalige Ministerpräsident Bulgariens, Stanko Todorov.<sup>99</sup> Ein Woche nachdem er das Schreiben der Arbeiter erhalten hatte, besuchte er die betreffende Werksabteilung (Aglomeracija) in Kremikovci. Zehn Tage nach dem Besuch wurde durch einen Beschluss des Ministerrats das Problem mit der Kategorisierung der Arbeit gelöst.<sup>100</sup>

Diese Episode, die sich ungefähr um 1980 abgespielt haben soll (Todorov war bis 1981 im Amt), sagt viel aus über die sozialen Beziehungen im sozialistischen Bulgarien. Insbesondere gibt sie Auskunft über Handlungsmöglichkeiten von Arbeitern, die zugleich Beschränkungen konstituierten, da sie informelle Beziehungen anstelle von formellen mobilisieren mussten; sie zeigt auch die Responsivität von Staat und Partei im täglichen Klein-Klein, solange die Grundstruktur des Systems nicht tangiert

<sup>97</sup> Interview mit V. J., geboren 1949 in der Nähe der Stadt Kjustendil.

<sup>98</sup> RDA, f. 3485 V, op. 8, a.e. 2, Bl. 14.

<sup>99</sup> Er stammte aus dem Dorf Klenovik, in der Nähe der Stadt Radomir, ca. 40 Kilometer südöstlich von Sofia.

<sup>100</sup> Interview mit V. J.

und die Machtfrage nicht gestellt wurde sowie die materiellen Mittel zur Befriedigung der elementaren Ansprüche der Arbeiter vorhanden waren. Hier gründeten Arbeiter vorläufig eine Art Organisation, um Kollegen aus verschiedenen Werksabteilungen zu versammeln. Die Betriebsleitung drückte durch ihr Nichteingreifen ihre stillschweigende Zustimmung mit den Arbeitern aus, was als aussagekräftiger Ausdruck der Koalition zwischen beiden Seiten gelesen werden kann (Management und Arbeiter teilten viele Interessen gegenüber dem Staat, so zum Beispiel die ausreichende Versorgung mit Rohstoffen sowie die Zuteilung eines möglichst großen Budgets für Löhne).<sup>101</sup> Weiters ist signifikant, dass sich die Arbeiter aus dem Stahlwerk direkt an Todor Živkov, den Alleinherrscher, wandten, in einer vermeintlich sehr banalen Frage, nämlich der Kategorisierung der Arbeit; das heißt, sie akzeptierten einerseits seinen unbegrenzten Machtanspruch, nahmen ihn dabei aber andererseits beim Wort, schließlich wurde Živkov nicht müde zu versprechen, für die Interessen der Arbeiter einzustehen. Drittens nutzten die Arbeiter ihr soziales Kapital, das in diesem Fall dörflicher Herkunft war, und hatten mit dieser Strategie Erfolg – dies deutet eine weitere signifikante Dimension an, war doch die Mehrheit der Arbeiter in Kremikovci dörflichen Ursprungs so wie generell der überwiegende Teil der urbanen Bevölkerung und auch der Industriearbeiter Bulgariens noch in den Siebzigern im Dorf geboren war.

Dieses soziologische Faktum stellte einen zentralen Faktor für die Persistenz landsmannschaftlicher Verbindungen dar. Sie halfen der bulgarischen Gesellschaft, mit dem Übergang von der traditionellen zur bürgerlichen Gesellschaft am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zurechtzukommen.<sup>102</sup> Dabei entstanden landsmannschaftliche Organisationen in den bulgarischen Städten, die unter anderem mit Lobbyarbeit staatliche Organisationen beeinflussten. Der sozialistische Staat beseitigte diese Organisationen in der ersten Hälfte der 1950er Jahre<sup>103</sup> und machte so Platz für die neuankommenden Bauern und deren Organisation. Ivajlo Znepolski spricht in diesem Zusammenhang von einem regelrechten „Agrarkommunismus“, der den bulgarischen Staatssozialismus ausgezeichnet habe.<sup>104</sup> Auch die kommunistische Partei verwandelte sich nach 1944 aufgrund der massiven Landflucht in eine Bauernpartei.<sup>105</sup> Dies galt ebenso für die kommunistische Elite, die zum großen Teil bäuerlicher Herkunft war, was ihr Verhalten prägte, aber eben auch für „einfache“ Menschen Anknüpfungspunk-

<sup>101</sup> Vgl. Ivo GEORGIEV, Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen Bulgarien?, in: HÜBNER / KLESSMANN / TENFELDE, Arbeiter im Staatssozialismus, 109-118, 117.

<sup>102</sup> Darija VASILEVA, Loveškata zemljačeska organizacija v prehoda ot tradicionno kām graždansko obštество, in: Gatja SIMEONOVA (Hg.), Institucii – sāzdateli na nova dohovnost. Problemi na gradskata kultura, Bd. 2. Sofija 2003, 70-108, 71.

<sup>103</sup> Darija VASILEVA, Mjastoto na zemljačeskite organizacii v razvitiето na obštestvenata iniciativa za socialno podpomagane, in: Obštestveno podpomagane i socialna rabota v Bālgarija. Istorija, institucii, ideologii, imena. Blagoevgrad 2005, 81-96.

<sup>104</sup> Ivajlo ZNEPOLSKI, Bālgarskijat komunizām. Sociokulturni čerti i vlastova traektorija. Sofija 2008, 164.

<sup>105</sup> Atanas ATANASOV, Rabotničeskata klasa v Bālgarija 1948-1958 g. Sofija 1987, 29.

te erfolgreicher Interventionen von unten bildete.<sup>106</sup> Dank der Mobilisierung dieser Beziehungen nahm in unserem Fall der Ministerpräsident des Landes die Beschwerde der Arbeiter mit Interesse entgegen. Dies war nicht nur Ausfluss einer populistischen Rhetorik der „Gleichheit“ – die Parteiführer verbargen ihre ländliche Herkunft nicht, sondern betonten sie ganz im Gegenteil mit Stolz, denn in ihr gründete die Behauptung, ebenfalls Teil der Massen zu sein.<sup>107</sup> Vielmehr blieb für einen aus einfachen Verhältnissen in eine hohe Stellung Aufgestiegenen wie Stanko Todorov die Anerkennung durch die Dorfgemeinschaft (und damit auch durch die Verwandten) sehr wichtig; genau deshalb konnte er die Arbeiter nicht ignorieren, um nicht sein Gesicht zu verlieren. Seine bäuerliche Mentalität bestimmte seine Handlungen.

### Fazit

Die Beziehungen zwischen Arbeitern einerseits und Gewerkschaftsfunktionären sowie anderen staatlichen Funktionären im Betrieb andererseits waren komplex, durch Missverständnisse geprägt und dynamisch; sie lassen sich nicht in dichotomische Schablonen fassen – obwohl die ehemaligen Arbeiter selbst heute gern ihre Erfahrungen in einem „wir“- und „die (da oben)“-Diskurs artikulieren, wobei aber bei der Erzählung konkreter Erlebnisse aus dem Arbeitsleben sich die Grenzen zwischen „wir“ und „die“ schnell aufzulösen beginnen.

Bei der Analyse dieser Beziehungen sowie der Mechanismen der Interessenartikulation der Arbeiter müssen zuerst die Umstände berücksichtigt werden, unter denen sich diese soziale Gruppe formiert hat. Die bulgarische Arbeiterklasse ist weitgehend ein Produkt der kommunistischen Politik; die rasche soziale Mobilität, die Möglichkeit, das Dorf zu verlassen, sich auszubilden, die Sozialleistungen und Privilegien insbesondere für die Industriearbeiter begründeten unter den Arbeitern ein bis wenigstens in die frühen achtziger Jahre weitverbreitetes Gefühl der Bindung an den sozialistischen Staat.<sup>108</sup> Darauf gründeten Zustimmung und Loyalität; die Absenz von Fällen größeren Arbeiterprotests und von Streiks in Bulgarien ist daher weniger der umfassenden Überwachung und der Furcht vor Repression geschuldet, sondern dem durchaus beträchtlichen Ausmaß an Legitimität, welches das kommunistische Regime lange Zeit in dieser sozialen Klasse besaß.

Für die herrschende Macht war es umgekehrt sehr wichtig, ständig Beweise für die Zustimmung seitens der Arbeiter zu inszenieren. Eine Möglichkeit, Zufriedenheit zu artikulieren und gleichzeitig Legitimität öffentlich zu manifestieren, waren die zahlreichen

---

<sup>106</sup> Die Fürsorge der Machthaber für ihre Landsmänner (săseljani) war eine verbreitete Praktik in Bulgarien. Živkov plazierte zum Beispiel seine Mitbewohner aus Pravec (seinem Heimatdorf) sowie aus der Bezirksstadt Botevgrad an wichtigen Partei- und Staatsposten. ZNEPOLSKI, Bălgarskijat komunizăm, 209.

<sup>107</sup> ZNEPOLSKI, Bălgarskijat komunizăm, 229.

<sup>108</sup> BRUNNBAUER, Staat und Gesellschaft, 33f.

Gewerkschaftsversammlungen in den Betrieben. Auf diesen sollten Arbeiter tunlichst nicht frei und offen über Probleme sprechen, denn dies hätte einer der eingespielten Taktiken der Herrschaftssicherung widersprochen: Probleme, selbst wenn allgemein bekannt, öffentlich zu verschweigen und so zu tun, als ob diese gar nicht existierten. Die Arbeiter lernten jedoch rasch, ihre Forderungen gemäß den Ansprüchen der Epoche zu formulieren; sie schrieben Beschwerden oder verwendeten ritualisierte Formeln auf Versammlungen. Gleichzeitig bedienten sie sich der Brigadenorganisation und der Stärke informeller Beziehungen, um ihren Interessen zum Durchbruch zu verhelfen. Die von Peter Hübner geprägte Beschreibung des Verhaltens der Arbeiter im Staatssozialismus als eine Mischung von „Anpassung/Loyalität und Eigensinn/Missmut/Meckern“<sup>109</sup> beschreibt daher auch sehr passend das Verhalten der Stahlarbeiter in Kremikovci.

Unsere bisherigen Untersuchungen der Arbeitsbeziehungen in Kremikovci bestätigen daher die auch schon für andere Fälle (vor allem in der DDR)<sup>110</sup> konstatierte These, dass die Brigaden und unmittelbaren Arbeitsgruppen als soziale Basisstrukturen der Industriearbeiterschaft gemeinsame Interessen artikulierten. Als Organisationsform dienten die Brigaden unter anderem dem Anlernen der aus den Dörfern stammenden und kaum qualifizierten Beschäftigten; sie sollten die nötige Arbeitsdisziplin sichern und – ähnlich wie im Falle Ostdeutschlands – als „Anleitungs-, Erziehungs- und Kontrollinstrument“ fungieren.<sup>111</sup> Die Gewerkschaften spielten dabei eine zentrale Rolle, da sie in ihrer Kulturarbeit stark auf die Brigaden als basalen Adressaten abstellten. Die Brigaden waren das soziale Umfeld, in dem die Arbeiter den Großteil ihrer Arbeitszeit verbrachten (und vielfach auch ihre Freizeit); die Brigaden schließlich waren jener kollektive Akteur, der unmittelbar die Schwierigkeiten im Produktionsablauf zu lösen hatte – diesen aber auch zum Stillstand bringen konnte, wenn Brigaden aufgrund unerfüllter Forderungen ihre Arbeit temporär niederlegten oder sich zum Bummeln entschlossen.

Das Regime fürchtete die Eskalation von Unzufriedenheit – insbesondere die Genese von kollektiver Interessenartikulation auf der Basis von gemeinsam empfundenen Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten – und war deshalb zu Kompromissen bereit (gleichzeitig ließ es die Arbeiter durch die Staatssicherheit überwachen). In einem ökonomisch und symbolisch so bedeutungsvollen Unternehmen wie Kremikovci war die Konzessionsbereitschaft wahrscheinlich noch ausgeprägter, genossen doch die Arbeiter des Kombinats eine privilegierte Stellung; darüber hinaus rief die große Arbeitskräftefluktuation im Kombinat bei der Parteiführung ebenso wie bei der Betriebsleitung ständig Sorgen bezüglich der Planerfüllung hervor.

Für die Suche nach alternativen Konfliktlösungswegen erwies sich die überwiegend bäuerliche Herkunft der Akteure (sowohl der Machthaber als auch der Arbeiter) als sehr günstiger Umstand. Dafür mussten die Arbeiter nicht das Risiko eines Streiks oder einer

<sup>109</sup> HÜBNER, Kontakt, Konflikt und Kompromiß, 241.

<sup>110</sup> Ebenda.

<sup>111</sup> Ebenda, 214.

anderen öffentlichen Form des Protests auf sich nehmen, sondern konnten vielmehr ihre Loyalität zum sozialistischen Staat zeigen, was Dividenden im Sinne von Privilegien und Konzessionen nach sich zog. Eine „semimoderne Mischgesellschaft“<sup>112</sup> wie jene des sozialistischen Bulgariens, die weder völlig modern noch gänzlich traditionell war, bot eben zusätzliche Handlungsmöglichkeiten. Neben Familie, Verwandten, Freunden und Kollegen sind hier insbesondere die sogenannten „Landsleute“ (zempljaci), das heißt Personen aus demselben Dorf oder derselben Gegend, als Ressourcen von sozialem Kapital zu nennen, die von den Arbeitern genutzt werden konnten.

Für die Gewerkschaften beziehungsweise für die Organisation von kollektivem Arbeiterprotest erwiesen sich diese informellen Konfliktlösungswege allerdings als Bremse, denn auf ihrer Basis konnte keine echte syndikalistische Bewegung entstehen. Vielmehr verstärkten die informellen Netzwerke die Binnendifferenzierungen innerhalb der Arbeiterschaft, denn nicht alle Arbeiter hatten Zugang zu den gleichen Ressourcen von sozialem Kapital. In diesem System von Patron-Klient-Verhältnissen wurden letztlich die Rechte nur jener Arbeiter verteidigt, die einen mächtigen Patron anrufen konnten (vgl. das oben ausgeführte Beispiel aus der Abteilung „Aglomeracija“). Daraus entstanden bestimmte Gruppen von Arbeitern, die meinten, dass ihre Interessen wirklich verteidigt wurden, aber ebenso solche, die ihre Interessen verraten fühlten. Eine Arbeiterklasse als Klasse für sich konnte so schwerlich entstehen, was erklären mag, warum es keine kollektiven Arbeiterproteste gab, als im Rahmen der Transformation die Situation der Arbeiter sich deutlich verschlechterte.

Für die Gewerkschaften ergaben sich aus diesen sozialen Arrangements paradoxe Konsequenzen. Zum einen trugen sie – partiell unwillentlich – tatsächlich zur Schaffung von Arbeiter-Selbstbewusstsein bei, wenigstens in einem Vorzeigebetrieb wie Kremikovci. Arbeiter konnten sich den Gewerkschaften auch kaum entziehen, schließlich war die Mitgliedschaft – wiewohl formell freiwillig – faktisch obligatorisch. Die Arbeiter zogen allerdings durchaus Nutzen aus diesem Umstand: Schließlich waren sie alle organisiert und fühlten daher eine gewisse Sicherheit, auf öffentlichen Versammlungen der Gewerkschaften, denen seitens des kommunistischen Regimes nur eine Ritualfunktion zugedacht war, auch Forderungen zu stellen, wobei sie diese in einer Sprache formulierten, die ideologisch akzeptabel war. Die Zeitung „Kremikovski metalurg“ sowie die gewerkschaftlichen Aktivitäten boten den Arbeitern die Gelegenheit, sich über das Arbeitsrecht und die korrekte ideologische Ausdrucksweise zu informieren. Da viele dieser Forderungen jahrelang artikuliert wurden, weil sie Dauerprobleme betrafen, verlagerte sich das Zentrum des Gewerkschaftslebens vom Bereich der kommunistischen Erziehung in den Bereich der Verteidigung der Arbeiterrechte.

Nicht nur die Gewerkschaften verwandelten sich in eine Tribüne, wo die Arbeiter über ihre Probleme sprechen konnten. In einem Bericht über die Tätigkeit der Primärparteiorganisation der Abteilung „Aglomeracija“ aus dem Jahre 1965 wurde mit

---

<sup>112</sup> Detlef POLLACK, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirche in der DDR*. Stuttgart, Berlin, Köln 1994, 76.

Missbilligung festgestellt, dass die Parteiversammlungen ihr Wesen verloren und einen „Produktionscharakter“ angenommen haben. Während der Versammlungen würden sich die Fragen der Anwesenden an die Parteifunktionäre rasch von der Tagesordnung ab- und jenen Fragen zuwenden, die mit den Arbeits- und Lebensbedingungen zu tun haben (z. B. der unzulängliche öffentliche Verkehr, der Mangel an Arbeitsschuhen und Schutzhandschuhen, das nichtfunktionierende Bad); wichtige politische Themen erregten hingegen kaum Interesse.<sup>113</sup>

Aus den Interviews mit ehemaligen Arbeitern, aber auch aus den Untersuchungen des gewerkschaftlichen Soziologieinstituts aus der Zeit des Staatssozialismus sowie aus seinerzeitigen Klagen der Gewerkschaften selbst, geht dennoch deutlich hervor, dass die Arbeiter der offiziellen Gewerkschaftsorganisation mit Misstrauen begegneten. Die Gewerkschaften als solche wurden von ihnen als zahnloser, von der Partei kommandierter Tiger gesehen – ganz so, wie sich auch die Partei ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften vorstellte. In den Augen unserer Gesprächspartner waren die wichtigsten Aktivitäten der Gewerkschaften in Kremikovci mit dem Erholungswesen verbunden, das heißt sozialpolitischer Natur. Dies verstärkte auch die Wahrnehmung der Gewerkschaften als Agentur des Staates. Doch wie die oben geschilderten Einblicke aus dem alltäglichen Betrieb des Stahlwerks zeigen, haben Arbeiter die Gewerkschaft im Betrieb sehr wohl genutzt, um ihre Interessen zu wahren. Und die Gewerkschaftsfunktionäre, ebenso wie jene der Partei, konnten nicht ohne Weiteres die Forderungen und Beschwerden der Arbeiter ignorieren, denn deren Loyalität zum Regime – auf die das System für seine Reproduktion angewiesen war – musste alltäglich hergestellt und bestätigt werden. Aus disziplinären Gründen entlassene Arbeiter wurden etwa häufig wieder eingestellt, nachdem Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre bei der Betriebsleitung interveniert hatten; das Bestreben, als Schutzmacht der Arbeiterklasse wahrgenommen zu werden, hatte für Partei und Gewerkschaften allemal mehr Gewicht als betriebswirtschaftliche Effizienzerwägungen. Doch wurden solche Funktionäre von den Arbeitern nicht als Vertreter eines Interessenverbandes, dem sie selbst angehörten, wahrgenommen, sondern als kleine Paten, die über Einfluss verfügten beziehungsweise einen großen Paten ins Spiel bringen konnten.

Die Beziehung zwischen Arbeitern und Gewerkschaften war somit eine, die von gegenseitigen Missverständnissen geprägt war. Aber „Missverständlichkeit“ scheint ohnehin ein Grundprinzip der staatssozialistischen Ordnung gewesen zu sein: Alltägliche Missverständnisse eröffneten Freiräume und Handlungsmöglichkeiten, da ideologische und institutionelle Aporien produktiv genutzt werden konnten; gleichzeitig generierten sie Misstrauen, Frustrationen, ungelöste Probleme und kumulierende Ineffizienzen, die letzten Endes das Regime in einen raschen und totalen Kollaps führen sollten.

---

<sup>113</sup> RDA, f. 3485 V, op. 1, a.e. 1, Bl. 26.



### **Danksagung**

Die Forschung für diesen Aufsatz wurde von der Fritz-Thyssen-Stiftung im Rahmen des Forschungsprojekts „Realsozialistische Industriearbeiterkulturen am Balkan: Die Stahlwerke von Elbasan (Albanien) und Kremikovci (Bulgarien) als Schauplatz kommunistischer Vergesellschaftung“ finanziert. Biljana Raevas Forschung wurde auch durch die Projekte „Gewerkschaftsleben und die Stimmung der Arbeiter in großen Industriezentren, 1960er bis 1980er Jahre“ und „Oral History Bulgariens 1944-1989“ gefördert, die vom „Institut za izsledvane na blizkoto minalo“ [Institut für die Erforschung der nahen Vergangenheit] und der Stiftung „Amerika za Bălgarija“ [Amerika für Bulgarien] in Sofia durchgeführt wurden.

### **ABSTRACT**

#### **Workers in the Enterprise, Trade Unions and Functionaries in the “Developed” Socialism. Protect the Interests of Workers in the Example of the Steel Plant “Kremikovci”**

This study focuses on the place and role of the socialist trade unions in labour life of employees in the largest metallurgical enterprise in Bulgaria. The strategies and practices of workers’ “Kremikovci” in relation to the protection of their rights and interests, legally and through the use of social capital are analysed. Material collected shows that the brigades are at the center of conflict resolution during the manufacturing process as well as in the GDR. Brigade members initiated strikes, generally related with their dissatisfaction with loss of pay. Another strategy was to seek assistance from their fellow villagers to resolve conflicts against high-ranking members of the Communist Party and dissatisfaction with workplace conditions. Actually helping people who came from the same village was a way to deal with the transition from traditional to civil society in Bulgaria at the junction of the 19th and 20th centuries.